

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
26 (1912)**

15 (19.1.1912)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-548696](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-548696)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Redaktion und Haupt-Expediton Peterstraße 20/22. Fernsprech-Anschluß Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Muenstraße 24, Fernsprecher 530.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gefeierten Feiertagen. — Abonnementpreis bei Voranbezahlung für einen Monat einschließlich Bingerlohn 75 Pfg., bei Selbstabholung von der Expedition 65 Pfg., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 Mk., für zwei Monate 1,30 Mk., monatlich 75 Pfg. einschließlich Postgeb.

— Mit —
Unterhaltungsbeilage.

Bei den Inseraten wird die schmalste Spalte oder deren Raum für die Inserenten in Altringen-Wilhelmshaven und Umgebung, sowie der Filialen mit 15 Pfennig berechnet, für sonstige auswärtige Inserenten 20 Pfennig; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Größere Anzeigen werden tags vorher erbeten. — Platzbestimmungen unverbindlich. — Restanzzeit 10 Pfg.

26. Jahrgang.

Nürtingen, Freitag den 19. Januar 1912.

Nr. 15.

Wahlen und Umsturz.

Noch immer arbeiten die Anhänger der allbürgerlichen Sammelpolitik mit der unglücklichen, geradezu landesverräterischen Parole, alle bürgerlichen Parteien müßten bei den Stichwahlen gegen die Sozialdemokratie zusammenhalten, denn diese sei eine Partei des gewaltsamen Umsturzes. Selbst die „Nordd. Allg. Zeitung“ des Herrn v. Helldorn-Hollweg verstand sich dazu, drei Tage nach dem Viermillionenergebnis der Partei, eine Bemerkung unseres Zentralorgans, die Arbeiterklasse sei zu allen Schichten der Zukunft gerüstet, dahin auszulagern, daß für eine nahe Zukunft „der gewaltsame Umsturz aller staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse“ geplant sei.

Das Ausland muß daraus den Eindruck gewinnen, als ob Deutschland knapp vor dem Ausbruch der blutigsten Revolution stehe. Denn darüber kann ja nicht der geringste Zweifel obwalten: Hätte die Sozialdemokratie wirklich die Pläne, die ihre Gegner ihr unterstehen, dann würde bald unter dem Tode eines deutschen Bürgerkrieges der Boden Europas zittern. Man muß, um zu solchen Prognoseungen zu gelangen, keineswegs annehmen, daß alle Wähler, die am 12. Januar ihre Stimme der Sozialdemokratie zugewendet haben, entschlossene Umstürzer sind. Schon ein Drittel, ein Viertel dieser ungeheuren Massen würde zur Aufstellung einer Revolutionsarmee genügen, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat. Wie sich das Militär, die Masse der Staatsarbeiter usw. verhalten würde, soll nicht weiter ausgemacht werden. Wir unterlassen es, auf die Schenkengänge der staatsverfallenden Umstürzabenteuer näher einzugehen, denn wir halten es für trivial, mit solchen Gedanken zu spielen.

Die Sozialdemokratie erwartet sich nichts vom gewaltsamen Umsturz, sie arbeitet auch nicht auf ihn hin. Sie treibt klare demokratische Politik, sie verlangt, daß der Wille des Volkes entscheide. Diesmal haben noch immer beinahe zwei Drittel aller Wähler durch ihre Abstimmung bekundet, daß sie den Zielen der Sozialdemokratie freud und verständnislos gegenüberstehen. Wollte das sozialdemokratische Volkswort über die beiden andern Drittel herfallen, um ihnen seine Widerwillen auszusprechen, so würde es damit seinen eigenen Grundgedanken ins Gesicht schlagen. Die Sozialdemokratie wird nicht eher verlangen, daß im Deutschen Reich grundsätzliche sozialdemokratische Politik getrieben wird, als bis eine sichere Mehrheit des Volkes hinter ihr steht. Und eine solche sozialdemokratische Volksmehrheit zustande zu bringen, ist das nächste wichtigste Ziel aller sozialdemokratischen Arbeit.

Sind wir aber erst einmal soweit, daß wir im ganzen Reich eine freie geschlossene Volksmehrheit hinter uns haben, dann erwarten wir von der Einsicht der herrschenden Mächte, daß sie die daraus die notwendigen, so oder so unausbleiblichen Konsequenzen ziehen werden. Auch ohne Gewaltanwendung wird es möglich sein, sie zur Einsicht zu zwingen, daß gegen den Willen einer starken Volksmehrheit nicht regiert werden kann.

Wenn nicht die herrschenden Mächte die Absicht der Sozialdemokratie durch ein Verbrechen durchkreuzen, dann wird der Kampf um die Zukunft Deutschlands mit den friedlichen Waffen des Geistes entschieden werden. Man wird kämpfen, um die Kräfte zu erobern, nicht aber um sie nach Regiererteinender abzuschneiden.

Das ist die Politik der Sozialdemokratie nicht erst seit heute, sondern seit je. Sie untersteht sich sehr zu ihrem Vorteil von der barbarischen Politik der Konservativen, die den Volkswillen gewaltsam unterdrücken will, und es auf die Herbeiführung blutiger Entscheidungen geradezu ansetzt. Wer den blutigen Umsturz nicht will, wer den Willen des Volkes achtet und sein Recht, über seine eigenen Angelegenheiten zu entscheiden, anerkennt, der kann bei den Stichwahlen keinem Zunker und keinem Knappen der Zunker seine Stimme geben. Er wird sozialdemokratisch wählen!

Soll nun aber die Sozialdemokratie, weil sie noch eine Minderheit im Volke bildet, auf die Durchziehung einzelner ihrer Forderungen verzichten? Davon kann natürlich gar nicht die Rede sein. Der sozialdemokratisch gestimmte Volksteil ist einig und geschlossen, er bildet die weitaus stärkste Partei im Deutschen Reich. Seine Gegner sind in acht oder zehn verschiedene Parteien zerfallen und weit davon entfernt, in allen Fragen einig zu sein.

Daraus ergibt sich für die künftige Taktik der Sozialdemokratie ein Weiteres. Sie wird auf der einen Seite für das Verständnis spezifisch sozialdemokratischer Forderungen den Boden zu ebener, eine Volksmehrheit für eine grundsätzliche sozialdemokratische Politik zu gewinnen suchen, sie wird auf der anderen Seite auch alles daransetzen, in Fragen, in denen die bürgerlichen Wähler zum Teil schon

auf sozialdemokratischer Seite stehen, ihren Willen zur Geltung zu bringen.

Das Volk will, wie seine Abstimmung zeigt, keine Sozialschulpolitik, keine Erhaltung der ungerechten Wahlkreiseinteilung im Reich, kein Fortbestehen des preußischen Dreiklassenwahlrechts! Im Kampfe gegen Apartheid, ungerechte Wahlkreiseinteilung, Dreiklassenwahlrecht hat die Sozialdemokratie heute schon die große Volksmehrheit hinter sich.

Dasselbe gilt für den Kampf gegen die weitere Einschränkung des Koalitionsrechts, für wirkliche Koalitionsfreiheit. Die Wähler haben gerade jenen Parteien, die für neue Ausnahmemaße gegen den sog. „sozialdemokratischen Terrorismus“ eintreten, eine Abnageteil, wie sie deutlicher und entschiedener gar nicht gedacht werden kann.

Und ebenso hat das Volk durch seine Abstimmung seine unerhörte Liebe zur Friedensliebe bekundet. Die Kriegsheer haben die denkbar schädlichsten Geschäfte gemacht. Die Sozialdemokratie weiß sich eins mit der ungeheuren Mehrheit des Volkes, wenn sie verlangt, daß von der Regierung eine aufrichtige Politik des Friedens getrieben wird.

In anderen Fragen ist der Volkswille nicht ganz so klar in Erscheinung getreten. Aber da die Regierung und alle Parteien sich in der Betonung ihrer sozialreformerischen Absichten kaum genug tun konnten, darf man annehmen, daß das Volk in der Forderung solcher Reformen nahezu einig ist. Wegen der Einführung einer Reichs-Arbeitslosenversicherung, die Herabsetzung der Altersgrenze in der Altersversorgung, gegen Wächnerinnenrecht und Einführung einer wirklichen Witwen- und Waisenernährung wird sich im Volke sicher kein Widerstand erheben. Glaubt man aber trotzdem über den eigenen Willen der Wähler im Zweifel zu sein, dann hat man es ja stets an der Hand, durch Erfüllung der sozialdemokratischen Forderung nach Einführung des Mehrerbums, der allgemeinen Abstimmung, die wahre Volksmeinung zu ergründen.

Das sind nur Beispiele. Es kommt ja hier nur darauf an, nicht ein erschöpfendes sozialdemokratisches Aktionsprogramm zu entwerfen, sondern die Taktik der Sozialdemokratie einwandfrei darzustellen und den Zusammenhang zwischen den Wahlen und dem von der Sozialdemokratie angeblich beabsichtigten Umsturz ins richtige Licht zu setzen.

Kurz zusammengefaßt lautet das Ergebnis also: Ein gewalttätiger Umsturz der bestehenden Verhältnisse durch eine Minderheit, wie sie die Sozialdemokratie trotz ihres gewaltigen Aufschwunges noch immer darstellt, widerspricht den sozialdemokratischen Grundbegriffen. Die Sozialdemokratie achtet den Willen des Volkes und unterwirft sich ihm, auch wo er gegen sie entscheidet, sie sucht ihn nicht gewaltsam zu brechen, sondern durch überzeugende Gründe aufzuklären.

Die Sozialdemokratie verlangt aber auch, daß der Volkswille nicht nur von ihr, sondern auch von den andern geachtet werde. Für ihn wird sie im neuen Reichstag mit nachdrücklichster Entschiedenheit eintreten. Mögen die andern ihrem Beispiel folgen!

Wer ein ehrlicher Gegner jedes gewaltsamen Umsturzes ist, der adte den Willen des Volkes!

Politische Rundschau.

Nürtingen, 18. Januar.

Der Wahlausbruch der Fortschrittspartei!

Die Parteiliste der „Fortschrittlichen Volkspartei“ veröffentlicht in der „Freisinnigen Zeitung“ folgenden Aufruf an die Fortschrittswähler:

Die Hauptwahl hat eine Entscheidung über die Zusammenfassung des nächsten Reichstages nicht gebracht. Das Ziel des Wahlkampfes, die Zerteilung des schwarzblauen Blocks, ist auch bei den Stichwahlen fest im Auge zu behalten! Die erste Aufgabe ist über die Förderung der eigenen Partei, dann die verbündete Nationalliberale Partei gegen jeden Gegner zu unterstützen; im übrigen gilt die Lösung: Keine Stimme für konservative, Reichsparteiler, Zentrum, Wirtschaftliche Vereinigung oder Antifemiten. Auf zur Wahl! Die alte Reaktionsmehrheit darf nicht wiederkehren!

Das sind endlich klare Worte, die die Fortschrittler dem Lande schuldig waren. Wie aber die Partei bedingungslos für die Nationalliberalen, die beispielsweise in Sachen für die ärgsten Reaktionsäre, für einen Liebert und einen Gräfe

votieren, ohne weiteres stimmen kann, wird mandem ein Stopfschütteln ablocken. Doch ist der Aufruf immerhin als eine Tat zu werten. Goffentlich hat sie gute Folgen.

Im Anschluß hieran hat der Sozialdemokratische Parteivorstand gestern abend erneut folgende Parole ausgegeben:

Die politische Situation macht es zur gebieterischen Notwendigkeit, bei Stichwahlen alles daran zu setzen, um den schwarzblauen Block zu zertrümmern. Wir sind überzeugt, daß die Parteigenossen mit der gleichen Macht, mit der sie den Hauptwahlkampf mit so glänzendem Erfolge geführt haben, auch bei den Stichwahlen die Reaktion siegreich niederzwingen zu wissen werden. Soll das augenblickliche politische Ziel erreicht werden, müssen die Genossen überall, wo zwischen Gegenkandidaten zu wählen ist, denjenigen unterstützen, der die Jenseitigen Bedingungen angenommen hat. In erster Linie haben sie in diesem Fall für die Fortschrittler einzutreten. Unter keinen Umständen darf eine sozialdemokratische Stimme für konservative, Zentrum, Reichspartei, oder Wirtschaftliche Vereinigung abgegeben werden. Nieder mit dem schwarzblauen Block!

Berräterakt.

Unter dieser Spitzmarke redet das „Berliner Tageblatt“ den Nationalliberalen folgendermaßen ins Gewissen:

Der Wahlkampf, in dem wir stehen, ist ein Kampf der erwerbenden Stände gegen den Bund der Heiligen und Ritter. Arbeiterstand und Bauernrat, Gewerbe, Handel und Industrie ringen um Gleichberechtigung gegenüber der Agrararistokratie, die vom internationalen Merkantilismus in ihrer wankenden Position gestützt wird. Wie das wählende Volk in diesem Kampf entscheiden hat, kann nach der gestern veröffentlichten amtlichen Statistik nicht mehr zweifelhaft sein: 7½ Millionen Wähler für die Gleichberechtigung, 4½ Millionen für die Vorherrschaft der Heiligen und Ritter. Es ist keine Kleinigkeit, diesem klaren Ausdruck in der Volkvertretung zu verhehlen. Denn eine veraltete, dem Willen der Verfassung hohnsprechende Einteilung der Wahlkreise begünstigt den agrarischen Osten in unerhörtem Maße, zum Nachteil des bauerlichen und industriellen Westens und Südens. Dennoch würde es möglich sein, durch Zusammenfassung aller Kräfte zunächst die, auf eine Minderheit von Wählern sich stützende, blauschwärze Mehrheit zu brechen und dann die erstrebte Gleichberechtigung dauernd zu sichern. Was aber den endlichen Sieg der erwerbenden Stände immer wieder in Frage stellt, ist weniger die ungerechte Einteilung der Wahlkreise, als die Berräterei im eigenen Lager, die dem begünstigten Gegner auch noch Wahlkreise mit liberaler Mehrheit in die Hände spielt.

Diese schandvolle Taktik, die erst im Namen des Liberalismus Stimmen fängt, um sie dann ins Lager der Reaktion überzuführen, ist von gewissen Kreisen der national-liberalen Partei besonders liebevoll gepflegt worden. Wenigstens aber war es bisher üblich, zunächst in gemeinsamer Beratung die Stichwahltaktik zu erwägen, bevor man Beschlüsse faßte. Diesmal aber hat es vor allen anderen Herr Schifferer so eilig, sich den Ruhm eines Epheles am Liberalismus zu erwerben, daß er die angelegte Zusammenkunft der nationalliberalen Führer gar nicht abwarten konnte. Er kommt — wenn er kommt — mit einem geschlossenen Pakt nach Berlin, worin er das Mandat des fortschrittlichen Dr. Strauß an den Todfeind des liberalen Bürgertums, den Bund der Landwirte, veräußert hat, um als Jubaalohn dafür die Unterstützung des Bundes für sich einzubringen. Auch andernwärts haben Nationalliberale es betäubend eilig gehabt, ihren Pakt mit der Reaktion zu schließen, wie in Sachsen. In Köln sind einflussreiche Häupter der industriekonservativen Richtung bereits an der Arbeit, das „deutsche Rom“ für den internationalen Ultramontanismus zu retten. Immerhin können diese noch eben schielenden Auch-Liberalen an ihrer Entschuldigung anführen, daß sich ihr Kampf in erster Linie gegen die Sozialdemokratie richte, die die bürgerlichen Parteien bis vor kurzem noch als „die eine, reaktionäre Masse“ zu behandeln pflegte. Eine noch größere Schmach und eine Schande aber ist es, wenn just in diesem Wahlkampf liberale Mandate von angeblich auch Liberalen der Reaktion zugestanden werden. Gewiß hat jeder Staatsbürger ein ebenso gutes Recht konservativ und liberal, wie liberal zu sein. Wer aber in einer Zeit, wo das liberale Bürgertum um seine Gleichberechtigung schwer zu ringen hat, sich liberal nennt, um sich konservativ zu betätigen; dem soll man den Namen, den er verdient, nicht ersparen. Schon damit er den ehrlichen

Verständern der liberalen Sache für alle Zeiten kenntlich bleibe!

Die nationalliberale Partei ist in diesem Wahlkampfe ja leider zu einer einheitlichen und entscheidenden Stellungnahme nicht gelangt. Einzelne Gruppen vom rechten Flügel haben sich getrennt, in die Front gegen rechts einzutreten. Die Stimmung dafür kann die Partei in der amtlichen Wahlstatistik nachlesen. Nachdem der Rückschlag, der auf das Startell mit den Konfessionellen folgte, erst überwunden war, hat die Partei bisher häufig zugenommen, von 1898 auf 1903 um mehr als 351 000 Stimmen, von 1903 auf 1907 um 388 000 Stimmen. Diesmal beträgt der Zuwachs noch nicht den zehnten Teil, und das angesichts einer Zunahme der Wählerstimmen insgesamt um fast eine Million und angesichts einer Zunahme der fortschrittlich-volksparteilichen Wählerstimmen um 322 614! Es liegt klar am Tage: in der Entwicklung der Partei ist ein Stillstand eingetreten, die Wähler beginnen, ihr ihr Vertrauen zu entziehen und es den weiter links stehenden Parteien zuzuwenden. Glauben die Nationalliberalen diesen Prozeß dadurch aufhalten zu können, daß sie ihr Gesicht noch fester an das der Rechten knüpfen, die bereits in einem reinenden Rückgang begriffen ist? Ein paar Mandate sind durch Verdrängertaktik gegenüber dem Liberalismus vielleicht zu gewinnen. Aber wären sie mit dem Verlust von ein paar hunderttausend Wählerstimmen bei den nächsten Wahlen, wie ihn die Freikonservativen jetzt schon erlitten haben, nicht etwas zu teuer bezahlt? Herr Schifferer mag ja für die unsicheren Kontonisten der Partei eine ungemein schätzenswerte Kraft sein. So dieser Zuwachs für die Fraktion aber hinreichenden Erfolg bietet für den Boden, den die Partei im Volke verliert? Und wie, wenn die Truppen dem Ueberläufer, der sie ins feindliche Lager führen will, nicht folgen? Wenn die nationalliberalen Wähler des V. Wahlkreises sich nicht wie eine Herde Stimmwisch in den notwendigen Bundeshäuptling verhandeln lassen? Dann werden die Nationalliberalen zur Schmach und Schande den wohlverdienten Spott haben.

Deutsches Reich

Stimmen und Mandate. Der scheinende Gegensatz zwischen den Ergebnissen der Volksabstimmung vom 12. Januar und der zu befristenden ungedachten Zusammensetzung des neuen Reichstages wird von der Presse aller Parteien eingehend besprochen. Die Wähler der Rechten und des Zentrums verziehen natürlich, sich um den Kern der Sache herumzureden, bei den Liberalen aber, die die am schwersten Geschädigten sind, kündigt der Erkenntnis an, daß die von der Sozialdemokratie längst geforderte Verringerung der ungleichen Wahlkreisverteilung eine dringende Notwendigkeit geworden ist. Sehr klar kommt diese Ansicht im „Berl. Tageblatt“ zum Ausdruck, das schreibt:

Zum Teil muß für dieien, den Stimmensiffern so sehr widersprechenden Ausgang der Hauptwahlen die ungerechte und auf die reaktionären Parteien zugeschnittene Wahlkreisverteilung verantwortlich gemacht werden. Besonders in den Großstädten, die mehr und mehr der Sozialdemokratie anheim fallen, hat die fortschrittliche Volkspartei viel Mühe und viel Geld nutzlos aufwenden müssen. Man darf annehmen, daß selbst innerhalb der Sozialdemokratie das Unrecht empfunden wird, das in der völligen Ausschaltung des Liberalismus in den Großstädten liegt. Selbst wenn man an sich einem proportionalen Wahlsystem über das ganze Land hinweg nicht ohne Bedenken gegenüberstellt, wird man sich der Erwägung nicht verschließen können, daß für die Großstädte das Proportionalwahlsystem zu einem unumgänglichen Bedürfnis geworden ist, damit nicht das liberale Bürgertum durch die proletarischen Massen völlig an die Wand gedrückt wird. Aber auch, wo man in ländlichen Gebieten an einzelnen Wahlkreisen aus historischen Gründen festhalten möchte, da wird man doch fordern müssen, daß endlich einmal die Wahlkreise nach dem Stande der heutigen Bevölkerung neu geteilt werden. Das ist eine Forderung, die nicht bloß in der Gerechtigkeit, sondern nicht minder in der Verhütung des Deutschen Reiches begründet erscheint. Die Opposition, die ja wohl im kommenden Reichstag trotz alledem mehr als bisher zu sagen haben wird, sollte denn auch nicht zuben und nicht rufen, als bis sie eine neue Wahlkreisverteilung durchgesetzt hat, damit endlich die verfassungsmäßige Gleichheit der Wähler zur Wahrheit gemacht wird.

Die Sozialdemokratie hält es selbstverständlich für ungerade, wenn einer gegnerischen Partei, mag sie wie immer heißen, die Möglichkeit verweigert wird, im Reichstag ihrer Anhängerzahl entsprechend vertreten zu sein. Aber sie wird sich nicht darauf einlassen, ein Annahmegericht zugunsten einer fremden Partei zu machen und zuzusehen, wie ihre eigenen Rechte auch weiterhin unterdrückt werden. Entweder also — und das ist sicher das Beste — Verhältniswahlsystem für das ganze Reich, oder aber überhaupt keine, sondern vorerst einmal Neueinteilung der Wahlkreise in Ausführung des bestehenden Gesetzes. Für diese gerechte Forderung sollen die Fortschrittler oder zunächst einmal die Nationalliberalen zu gewinnen suchen, die vor zehn Jahren noch gegen eine Neueinteilung gestimmt haben. Vielleicht befinden sie sich jetzt eines Besseren, da die Folgen ihres damaligen Verhaltens nun auf ihre eigenen Häupter gekommen sind.

Der Weg zur Befinnung. In seinem angstvollen Telegramm an den ehemaligen Reichstagspräsidenten Grafen Schmerin-Witzky hat der Reichstanzler der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die bürgerlichen Parteien nun zur Befinnung kommen mögen. Dieser Wunsch scheint sich nun doch wenigstens zum Teil erfüllen zu sollen. — freilich nicht in dem Sinne, in dem er geäußert worden ist. — Die „Volkliche Zeitung“ bringt nämlich folgende äußerst interessante Meldung:

Im Abgeordnetenhaus trat heute (Mittwoch) vor-

mittags der Unterstaatssekretär in der Reichsfinanzabteilung mit den Führern der bürgerlichen Parteien zu einer Konferenz zusammen, die zweifellos die Stichwahlen zum Gegenstand hatte. Wie wir hören, waren die Abg. Dr. v. Heydebrand, Herold, Schiffer (nationallib.) und einige andere Herren erschienen. Ein Versuch, den fortschrittlichen Abg. Dr. Wiemer zur Teilnahme an der Konferenz zu bewegen, ist indessem gescheitert. Die Konferenz wurde mittags abgebrochen und soll gegen 3 Uhr wieder aufgenommen werden.

Wie wir weiter hören, hat der geschäftsführende Ausschuß der fortschrittlichen Volkspartei beschlossen, sich an dieser Konferenz nicht zu beteiligen.

Danach hat also wenigstens der linke Flügel des bürgerlichen Liberalismus jebiel Befinnung gewonnen, um einzusehen, daß eine Unterwerfung unter die schwarzblaue Sammelpartei kein moralisches und physisches Ende bedeuten würde. Dagegen hatten die Nationalliberalen Mittwoch vormittag einen gleichen Grad politischer Einsicht noch nicht erreicht. Die „Volk. Zeitung“ drückt den Namen des nationalliberalen Herrn Schiffer geperrt, womit sie wahrscheinlich ihren Erkennen über die Anwesenheit des Herrn auf jener Konferenz Ausdruck geben will. — Ueber das Ergebnis der Verhandlungen ist noch nichts bekannt. Doch ist anzunehmen, daß die Nationalliberalen aus diesmal den Versuch nicht unterlassen werden, auf zwei Werten zugleich zu reiten. Denn daß sie die Pflicht haben sollten, unter Preisgabe ihrer Führer auf sozialdemokratische Stichwahlenhülfen und überall zu verzichten, ist doch höchst unwahrscheinlich!

Die neue Marinevorlage. „Auf Grund zuverlässiger Mitteilungen“ berichtet die „Tägliche Rundschau“ über die neue Marinevorlage folgende:

Die neue Marinevorlage ist fertiggestellt. Noch nicht fertiggestellt ist die Seevorlage, die voraussichtlich erst Ende Februar den Bundesregierungen zugehen wird. Unterthan ist es, daß die neue Marinevorlage ursprünglich in den Etat für 1912 hineingearbeitet war, aber auf Beschluß des Bundesrats wieder daraus entfernt worden ist. ... als selbständige Revolle dem Reichstag zugehen. Als Grund dafür wird angegeben, daß man bei der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit für die Etatsberatung, nicht mit neuen Forderungen kommen will, die die Debatte sehr in die Länge ziehen würden.

Die neue Marinevorlage verlangt, daß aus den acht Ueberbleibseln, die in Dienst behalten werden sollen, ein drittes Geschwader gebildet wird. Von diesem neuen Geschwader stehen 2 Miniergeschiffe schon in Dienst, es wird also die weitere Ausrüstung von 6 Schiffen gefordert. Es tritt also zu den zwei Geschwadern der Flotte ein drittes hinzu, das schon im Flottenzeug vorgesehen ist, aber bisher aus Sparmaßregeln nicht in Dienst gestellt wurde. Die neue Vorlage verlangt ferner einen bedeutenden Kredit für die Beschaffung von Unterleeboten.

Die A. n. n. der neuen Vorlage gliedern sich: in dauernde für die Indienststellung des dritten Geschwaders und in einmalige für den Bau von Unterleeboten. Die Ausgaben belaufen sich auf 25 bis 30 Millionen Mark.

Ueber die Deckung der beiden Vorlagen, die eine Verhäufung unserer Wadmitttel zu Lande und zur See bringen sollen, ist ein endgültiger Entschluß noch nicht gefaßt. Es wird aber angenommen, daß die Regierung auf die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Lebendenden zurückgreifen wird, da die Lebendendensteuer allein so viel einbringen würde, um die neuen Ers. Dienste zu decken.

Die Verle. rungen gegen Espionage bilden dauernd den Gegenstand erneueter Ermüdungen der zuständigen Reichsbehörden. Nachdem erst kürzlich der Ober der Hochseeflotte in einem Aqaschreiben den Verbot von Spionieren an Bord verboten hat, ist auch geplant, Vorkehrungen zu treffen, die es möglich machen, die Anwesenheit von Fremden in Kriegsschiffen in der Nähe von Befestigungsanlagen und Werften strengstens zu kontrollieren.

Das ohnmächtige Anhängel. Unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Hauptwahlergebnisse hatten wir die Bemerkung gemacht, die Sozialdemokratie müsse eine Stärkung des Liberalismus gegenüber den Schwarzblauen wünschen, um sowohl mit diesem wie auch mit dem Zentrum von Fall zu Fall Wehrheiten im Reichstage bilden zu können. An diese Bemerkung knüpft die „Kreuzzeitung“ an, um dem Liberalismus ein drohendes Bild der Lage zu entwerfen, in die er durch eine solche Stärkung geraten würde. Sie schreibt:

Das klingt für die bürgerliche Linke wahrhaftig nicht verlockend. Und selbst das „Berl. Tagebl.“ ... könnte stuhig werden. Denn danach würde der Liberalismus im neuen Reichstage durchaus nicht das vielstimmte Anhängel an der Wage, sondern ein ohnmächtiges Anhängel der Sozialdemokratie werden. Wodan solche Aussichten?

Die „Kreuzzeitung“ bringt es also wirklich fertig, den Liberalen abzurufen, eine gleiche Stärke, wie das Zentrum sie besitzt, aufzutreiben. Je mehr Mandate die Liberalen sich zum Zentrum und den Konservativen holen (die Sozialdemokraten denken ihnen ja in der Stichwahl noch einige abzunehmen), desto fester werden sie ein „ohnmächtiges Anhängel der Sozialdemokratie“. Daß die Liberalen im Bunde mit den andern bürgerlichen Parteien immer noch die Wehrheit bilden und eine sehr bedauerliche Unabängigkeit von der Sozialdemokratie genießen würden, überhört das konfessionelle Blatt gellentlich. Ihnen freilich ist, wie man sich denken kann, die Aussicht auf eine Reichstagsmehrheit, in der die Quaker die Rolle eines „ohnmächtigen Anhängels“ spielen würden, sehr wenig verlockend!

Zwei neue Flugblätter des Reichsverbandes werden in der bürgerlichen Presse angeündigt. Das eine trägt die Ueberschrift: „An die liberalen Reichstagswähler“. Es heißt da: in den Wählern, die dem Reichsverband Handlungsbedienste leisten: „In diesem Flugblatt (Nr. 158) redet ein alter Li-

beraler seinen Parteigenossen ins Gewissen, den Lodungen der Sozialdemokratie unter keinen Umständen zu folgen, sich vielmehr ihrer grundsätzlichen Gegnerlichkeit gegen die Sozialdemokratie zu erinnern, in der Stichwahl Mann für Mann für den bürgerlichen Kandidaten und gegen die Sozialdemokratie an die Wahlurne zu treten. — In einem zweiten Flugblatt (Nr. 159), das die Ueberschrift trägt: „Arm und Reich“, beweist ein hervorragender Volkswirt an der Hand eines erwiderten Rohstoffmaterials, daß die anbedenklichen Behauptungen der Sozialdemokratie, das Nationalvermögen liege nur in den Händen einiger Reicher, während die Masse des Volkes garnichts besitze, auch das Unkommen sehr ungerade verteilt sei, den vorkühnen Lockungen direkt ins Gesicht schlagen. — Die Planung des Reichsverbandes, die ihm durch die Hauptwahl geworden, genügt ihm scheinbar noch nicht.

Der Hansabund an die Berliner Studenten. Die Führer des Hansabundes haben, um das schwer bedrückte Mandat der Freiwähligen im ersten Berliner Reichstag zu retten, an die dortigen Studenten einen Aufruf gerichtet, in dem es u. a. heißt:

Deshalb treten wir auch diesmal wieder mit dem Aufruf an die Herren Studierenden heran, um ihre bewährte Hilfe zur Verfügung zu stellen. Wir hoffen, daß unser Aufruf an die Studentenschaft auch aus dem Grunde um so nachdrücklicher wirken wird, als der Kampf zwischen dem bürgerlichen Kandidaten Herrn Kampff und dem Sozialdemokraten Herrn Düwiel sich auf dem alten historischen Boden des königlichen Schlosses, der Berliner Alma mater und der Hauptfestungen von Kunst und Wissenschaften abspielt. Die tote Fahne darf nicht auch über diesem letzten der sechs Berliner Wahlkreise aufgezogen werden.

Hoffentlich macht der nächste Montag diesen Leuten einen Strich durch die Rechnung. Wie hieß es doch vor der Wahl im Lager der Demokraten: Wird Gähde nicht gewählt, dann soll den Kampf der Dämonen holen!

Der fortschrittliche Reform. Die „Freisinnige Zeitung“ wiederholt die alten elenden Klagen, daß die Sozialdemokratie von der Verhinderung der Arbeiteremigration gegen die Arbeitgeber leidet, und daß sie „dem Reiche grundsätzlich nicht nur alle Mittel zur Verteidigung des Landes, sondern auch zur Fortführung seiner Kulturaufgaben verweigert“. Das steht im „Samburger Echo“ mit folgendem Kommentar zu lesen: „Das leitende Organ der „fortschrittlichen Volkspartei“ darf sich des fröhen Verdienstes rühmen, den Reform in frivoler, gewissenloser Verharmung der Sozialdemokratie aufgestellt zu haben.“ Was, wenn der Samburger Bruderkampf die Frankfurter „Kleine Presse“ hätte lesen müssen — welches Urteil es dann wohl gefaßt hätte!

Wer wählt sozialdemokratisch? In der „Neuen Welt“ lesen wir: „Man wäre im Irrtum, wenn man den für die Sozialdemokratie so günstigen Ausfall der Reichstagswahlen auf ein Aufsteigen der „Partei des Proletariats“ zurückführen wollte. Die Ursache ist vielmehr in einer Zunahme der Unzufriedenheit mit den vorhandenen politischen Zuständen in den Kreisen des Bürgertums im weitesten Sinne zu suchen. Das mag an einem höchst charakteristischen Beispiele verdeutlicht werden. In einem Wahlbezirk des Berliner Westens, in einer Stadtgegend, die fast ausschließlich von Wohlhabenden, den höheren gesellschaftlichen Schichten angehörigen Leuten — Beamten, Offizieren, a. D., Banquiers, Kaufleuten, Gelehrten — bewohnt ist, waren 637 Wähler eingeschrieben und erschienen 515 an der Wahlurne. Nur zehn Mitglieder des „Proletariats“, Arbeiter, Portiers usw., fanden an der Wählerliste. Alle übrigen Wähler wählten zum besten Bürgerstande. Als es aber an das Fählen der Stimmen ging, ergab sich das überraschende Resultat, daß nicht weniger als 165 Stimm für den sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben worden waren!“

Schweiz.

Von der Sozialdemokratie. Die sozialdemokratische Partei des Kantons Zürich feierte bei der Gründung ihres Parteitag am Sonntag den Reichstagswahltag der deutschen Sozialdemokratie. In der Tat haben die sozialdemokratischen Wählerliste in Deutschland in den Kreisen der schweizerischen Arbeiterklasse die lebhafteste Begeisterung hervorgerufen und man darf daran bei den vielfachen Beschleüftungen und Zusammenhängen zwischen der Arbeiterbewegung in den beiden Ländern einen sehr förderlichen Einfluß auf die schweizerische Sozialdemokratie erwarten. — Sodann erteilte der Parteitag der wegen ihres energischen Auftretens im schweizerischen Nationalrat von den Gegnern perfid geschmähten sozialdemokratischen Fraktion ein Vertrauensvotum. Die Einnahmen der Partei betragen im Berichtsjahre 7861 Fr., die Ausgaben 7429 Fr., der Vermögensbestand 767 Fr. Die Zahl der organisierten Parteigenossen im Kanton Zürich beträgt netto 8500, die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen 25 000 bis 30 000, ungefähr ein Viertel der Gesamtzahl der Stimmberechtigten. Der Beitrag an die Partei wurde auf 5 Cents pro Mitglied und Monat festgesetzt.

Schweden.

Ankündigung des Frauenwahlrechts in der Thronrede. Der Reichstag wurde am 16. Januar durch den König eröffnet. Die Thronrede hob die besondere Bedeutung der Neuwahlen zu beiden Kammern des Reichstages hervor, weil bei ihnen zum ersten Male das nach den neuen Grundgesetzbestimmungen erweiterte Wahlrecht und die Verhältniswahl Anwendung gefunden habe. Ferner führt die Thronrede aus, daß die Regierung es für gerecht und dem Staate dienlich ansehe, unter gleichen Bedingungen wie für die Männer auch für die Frauen Wahlrecht und Wahlbarkeit zu verlangen, worüber eine Vorlage im Reichstage eingebracht werden wird. Die Beschlüsse Schwedens zu den fremden Mächten seien fortgesetzt freundschaftlich.



Es werden alsdann Gesetzentwürfe betreffend den Arbeiterschutz, Unterstützungsgesetze und Wirtschftsversicherung angehängt. Untersuchungen sind eingeleitet zum Zwecke des Zustandekommens eines vollständig planmäßigen Zweiteilungssystems, das Schwedens Selbständigkeit sichert, ohne das Leistungsbemühen des Volkes übermäßig anzufragen.

Ungland.

Käterchens Kerkermeister demontieren! Der kürzlich stattgefundene **S u n g e r t e i l** der politischen Gefangenen in Pestoff, an welchem 150 Personen teilnahmen, mußte infolge der völligen Erschöpfung der Gefangenen nach vier Tagen abgebrochen werden. Auch dieser letzte verzweifelte Schritt der Gefangenen hat zu keinem Resultat geführt. Noch immer herrscht in den Gefängnis der Plutbund Tiferleniostosi, noch immer werden die Gefangenen aus den wichtigsten Anlässen den fürchterlichsten Exekutionen unterworfen.

Die Ereignisse in Pestoff haben nur den Erfolg gezeitigt, daß die Presse sich fortgesetzt mit den Greueln in diesem Kerker beschäftigt. Zwar hat die Administration der örtlichen progressiven Zeitung „Bosonja Schin“ durch eine hohe Geldstrafe den Mund gestopft — das probatorische Argument der russischen Administratoren! —, aber in der Revuepresse werden die Greuel, namentlich infolge des Eingreifens Wladimir Korolenkos, fortgesetzt erörtert. Auch die offiziöse „Rossija“ hat schon einige Male den Fall behandelt, und nun tritt auch die Hauptgefangnisverwaltung mit einem Ispolnagalen Dementi hervor. Voll der haarsträubendsten Widersprüche, läßt dieses Produkt der Oberkerkermeister des Jaren das Blaue vom Himmel herunter, indem es sich sogar mit den Angaben der konfessionellen Presse in Widerspruch setzt. Das charakteristischste jedoch ist, daß die Hauptgefangnisverwaltung am Schluß ihrer Ausführungen erklärt, der Gefängnisdirektor habe die Hauptgefangenen in Erfüllung seiner **D i e n s t p f l i c h t**, „Kraß und in den Grenzen der ihm von Oben gewährleisteten Macht“ vornehmen lassen! Die oberste Behörde billigt es also uneingeschränkt, daß der Plutbund Tiferleniostosi in 2½ Jahren an 130 Gefangene 6225 Inzesthiebe verurteilt hat! Sie billigt also Greuel, die in dieser Höhe begangen wurden und solidifiziert sich öffentlich mit dem Gefängnisdirektor, dem selbst in der reaktionären Presse die elementarsten Begriffe der Menschlichkeit abgesprochen worden sind. Etwas Schamlozes wie dieses Schwandementi hat das russische Gefängnisregiment bisher nicht produziert.

Türkei.

Der „Heilige Krieg“ in Tripolitanen. Die „Agence Ottomane“ erhält von ihrem Korrespondenten in Tripolis auf dem Wege über Alexandria mit dem Datum vom 14. d. Mts. folgendes Telegramm: „Durch eine Proklamation, in der die Bande der Einigkeit gerufen werden, die alle Muselmanen gegen die Feinde des türkischen Reiches zusammenhalten müssen, zeigt der Großsultan der Semaitischen Kämmerer-Schreiberei offiziell an, daß er den Heiligen Krieg gegen Italien erklärt. Er fordert alle arabischen Stämme und Araber zur Teilnahme auf. Die Proklamation macht den tiefsten Eindruck auf alle arabischen Mohammedaner, die sich lieberhaft für den Krieg zu rüsten beginnen.“

Alene politische Nachrichten. Der preussische Staatskanzler **W o l f** fordert 405 Reichstagsabgeordnete im Hauptamt, mit 13 neue hauptamtliche Stellen mehr. — Die **D a m b u r g** **A m e r i k a** Linie erhöhte ihr Aktienkapital um 25 Millionen auf 150 Millionen Mark. — Die französische Regierung bezieht sich zu Verportionalwahlrecht und Einkommensteuer. Der preussische Innenminister erklärt, daß die angeforderten Operationen bei **W e i l l i s** zur Überwindung des linken Reichstages vom Feinde infolge des Unwetters verschoben werden müssen. Sobald besseres Wetter eintritt, werde der Voranschlag der Spanien auf der ganzen Linie stattfinden.

Sokales.

Müritingen, 18. Januar.

Achtung, Parteigenossen!

Die für Grabsteine, Wähler und Neuedeschaar angelegten Wählerversammlungen finden umständehalber nicht statt.

Die Hauptwahlkloster ist geschlossen und nach einer Mitternacht ihrer Erfolge oder ihrer Niederlagen geben die Wähler den nun daran am Tage der Stichwahl die endgültige Entscheidung herbeizuführen. Noch einmal erschallen die Kampfsignale, noch einmal führen die Parteien ihre Wählertruppen ins Feld, um den Gegner zu bezwingen. Jetzt neben den Ausschlag diejenigen, welche bei der Hauptwahl hinausgedrängt wurden und nun dem einen oder dem anderen helfend beistimmen. Aber auch noch eine andere Gruppe ist es, die das Jünglein an der Wage bildet: die **N i c h t w ä h l e r !**

Für unseren Wahlkreis lautet jetzt die Frage: ist es möglich, den sozialdemokratischen Kandidaten in der Stichwahl zum Siege zu bringen? Da muß die Antwort lauten: Ja, das ist durchaus möglich, wenn jedermann seine Schuldigkeit tut! Aber nur dann! Hiernach müssen unsere Genossen und Anhänger ihre Tätigkeit einrichten. Es geht nicht an, daß auch am Stichwahltag wiederum 1900 Müritinger Wahlberechtigter der Wene fernbleiben. Jeder muß seine Schuldigkeit tun und die Nichtwähler von der Verschreibung ihres Verhaltens überzeugen. Gelingt das, dann muß uns am 22. Januar der Sieg zufallen!

Vor der Strafkammer in Oldenburg fand gestern die Verhandlung gegen den Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes **G e n o s s e n J. W e n e r** wegen Verleumdung der Kaiserl. Werk statt. Das Urteil lautete auf 50 Mark Geldstrafe

entl. 10 Tage Haft und Publikation des Urteilstenors im „Nord. Volksblatt“ und der „Wilhelmshavener Zeitung“. Wir bringen morgen einen ausführlichen Verhandlungsbericht.

Letzter Tag der Ringkämpfe im „Colosseum“. Wegen anderweitiger Belegung der „Kalkerkone“ finden die Entscheidungskämpfe im „Colosseum“ statt. Folgende Kämpfe stehen noch aus: Eggberg gegen Samuloff, Malakies gegen Eggberg und Jacob Koch gegen Malakies. Nach Austragung dieser Kämpfe erfolgt die Preisverteilung an die Sieger. Der erste Preis beträgt bekanntlich 800, der zweite 600, der dritte 400 und der vierte 200 Mk. Da die Kämpfe voraussichtlich sehr erdbitter gefehlt und die Entscheidung nicht so schnell fallen dürfte, ist der Beginn derselben auf präzis 9.30 Uhr angesetzt. Beginn der Spezialisten-Vorstellung 8.15 Uhr.

Wilhelmshaven, 18. Januar.

Christiansland im preussischen Glat. In dem neuen preussischen Staatshaushaltsplan, der dem Abgeordnetenhaus vorgelegt worden ist, sind folgende Forderungen für Christiansland enthalten: Weiterführung der Arbeiten behufs Aufschließung der fiskalischen Moore in Christiansland (7. Rate) 691 000 Mk. Landgewinnungsarbeiten an der ostfriesischen Küste 58 000 Mk. Herstellung elektrischer Anlagen für landwirtschaftliche Betriebszwecke auf Domänen (14. Rate) 30 000 Mk. Herstellung einer Sommerbedeckung von etwa 250 000 Hektar domänenfiskalischer Heilerflächen an der Leuchtinsel im Kreis Emden (1. Rate) 85 000 Mk. Erweiterung der Emdener Hafenanlagen (7. Rate) 400 000 Mk. auch einer Leuchtinsel auf dem Wabing in Emden 30 000 Mk. Landgewinnung östlich des Emdener Außenhafens (1. Rate) 300 000 Mk.

Klagen über eine wenig angenehme Beförderung in dem von Wilhelmshaven nach Barel gehenden Arbeiterzuge werden uns übermittelt. Ein Passagier schreibt: Der Zug, der abends um sechs Uhr von Wilhelmshaven abgeht, fährt so langsam, daß er mit einer Verspätung von 1/2 Stunde in Barel ankommt. Die unbeladenen Wagen sind mit dem besten Willen des Maschinenpersonals nicht warm zu halten. Als vorgelert abend der Zug auf einer Station lange hielt und nachgefragt wurde, was das läme, erklärte ein Beamter, die Maschine sei zu klein und könne nicht Dampf halten! Da aber der betreffende Zug dicht befüllt ist, ist doch an der Rentabilität nicht zu zweifeln und es ist doch eine Vernachlässigung seitens der Verwaltung, die Passagiere in dieser Jahreszeit einer solchen Behandlung aussetzen. Wir meinen auch, daß die Eisenbahnercoalition unter allen Umständen dafür Sorge tragen muß, den Arbeiterpassagieren Wagen und Maschinenmaterial zur Verfügung zu stellen, das eine ordnungsgemäße Beförderung gewährleistet.

Einem raffinierten Schwindel ist ein hiesiger Einwohner zum Opfer gefallen. Er verkaufte an einen Berliner Interessenten seine Briefmarkensammlung im Werte von 14 000 Mark für 2000 Mark und handte die Kiste unter Nachnahme an den Käufer. Dieser hat es nun verstanden, die Kiste mit der Briefmarkensammlung zu erhalten, ohne die Nachnahme einzulösen. Die untergeschmuggelte Kiste enthält Papierfälschel.

Aus dem Lande.

Wodhorn, 18. Januar.

Die angefordigte Wählerversammlung findet umständehalber nicht statt.

Grabstele, 18. Januar.

Die angefordigte Wählerversammlung findet umständehalber nicht statt.

Oldenburg, 18. Januar.

Nach dem amtlichen Wahlergebnis betrug die Stimmenzahl des Fortschrittlers **A b h o r n** 9795 gegen 9167 Stimmen bei der Wahl 1907. Der Zuwachs beträgt mithin 628 Stimmen. Demgemäß fortgiert sich unsere Neiz in Nr. 15 unseres Blattes.

Osterburg, 18. Januar.

Achtung, Bezirksführer! Am Freitag Abend 9 Uhr findet in der „Tonhalle“ eine Sitzung der Bezirksführer statt, zu der jeder Bezirksführer anwesend sein muß!

Burgho, 18. Januar.

Eile folgen des Frostes werden hier bemerkt. So erkoren einem Ruedt: des Landwirts H. im benachbarten Sillens die Finger. Er mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben, wofolst ihm die Finger abgenommen wurden. Ebenso erkoren dem Ruedt des Kaufmanns V., hieselbst, der bei der grimmigen Kälte einen Wagen gefahren hatte, die Ohren. Er mußte sich auch in ärztliche Behandlung begeben.

Dofe, 18. Januar.

Edlicher Inghliskfall. Der 53 Jahre alte Rentier Joh. Hinrich Otten zu Langstraße wurde an der Landstraße von hier nach Schoof in einem Graben als Leiche aufgefunden. Otten war am 9. d. M. zu einem Termin auf dem Amtsgericht in Jever vorgeladen und ist früh, etwa 7 Uhr, nach Jever gegangen, am Abend des 9. Januar ist er in der Wogenerischen Wirtschaft zu Schoof eingetroffen und hat sich um 10 Uhr auf den Heimweg nach Langstraße begeben. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß Otten in der Dunkelheit bei der Föschung der Landstraße heruntergeglitten und verunglückt ist. Die Leiche befand sich unter dem Eie im Graben. Der Verunglückte ist unverheiratet. Nähere Familienangehörige sind bislang nicht ermittelt.

Aus aller Welt.

Ein dreifacher Mordmord in Berlin. Gestern nachmittag um 12 1/2 Uhr wurden der 50 Jahre alte Juwelier August Schulze, seine 44 Jahre alte Ehefrau Margarete und die 18jährige Tochter Grete in ihrem Hause schwimmend und mit schredlichen Verletzungen in ihrer Wohnung auf dem

Grundstück Alte Jakobstraße 94-95 aufgefunden. Man nahm zunächst an, daß es sich um den Mord einer Familienrentagdie handelt. Nach den polizeilichen Ermittlungen ist aber nunmehr festgestellt, daß es sich um dreifachen Raubmord handelt. Am Erie der Tat fand man einen weichen schwarzen Filzhut, der unabweisbar dem Täter gehören dürfte. Die Tochter ist tot, Frau Schulze wurde dem Krankenhand Am Urban, ihr Gatte der Charite zugeführt. Bei beiden besteht wenig Hoffnung auf Erhaltung ihres Lebens.

Ein Bankier in der Untersuchungshaft gestorben. Der frühere Inhaber der Wiener Bankhaus Rapun u. Co., Franz Rapun, der sich wegen Depotunterschlagungen seit vorigem Herbst in Untersuchungshaft befindet, ist einer Meldung aus Wien zufolge, im Gefangenenhospital des dortigen Landgerichts an Lungenerkrankung gestorben.

Selbstmord eines Schulknaben. Auf dem Gleise der Staatsbahnstrecke Dresden-Hof wurde in der Nähe von Hohenstein der dreizehnjährige Schulknabe Max Schubert aus Oberlungwitz tot aufgefunden. Er hatte sich von einem Geisig überfahren lassen. Aus seinen Aufzeichnungen geht hervor, daß er Selbstmord begangen hat.

Eine Feuersbrunst in Ojala hat einem Telegramm zufolge insgesamt 5268 Häuser zerstört. Ueber 30 000 Menschen sind obdachlos.

Hotelbrand in Boston. Das Reverehotel in Boston, das viele bekannte Persönlichkeiten, darunter den verstorbenen König Eduard als Prinz von Wales und den Kaiser Pedro von Brasilien beherbergt hat, ist abgebrannt. Das Feuer entstand im Café des Hotels und verbreitete sich durch den Holztubstschacht rasch bis zum Dach des fünf Stockwerke zählenden Gebäudes. Tuzende von Frauen wurden in Nachtgewändern in bitterster Kälte heruntergestürzt. Mehrere Männer und Frauen stürzten auf die Dächer der Nachbarhäuser. Die Feuerwehrlisten waren mit Männern und Frauen rasch dicht besetzt, und durch rasches Aufstellen der Leitern rettete man mehr als zwanzig Personen. Zwei Frauen wurden in ihren Nachtgewändern aus den Fenstern heruntergelassen, und die auf den Leitern befindlichen Feuerwehrlente brachten die Ohnmächtigen auf die Straße. Eine große Anzahl von Personen fand in den nahegelegenen Hotels Unterkunft. Einige haben ihr gesamtes Hab und Gut verloren. Die Geretteten mußten zum größten Teil barfuß durch den Schnee und Schmutz in dünner Kleidung gehen.

Alene Tageskrant. In der vorletzten Nacht entstand auf der Straße „Nasslowig“ in der 250 Meterhöhe ein Brand. Vier Arbeiter kamen in den Flammen um. Ihre Leichen konnten erst heute vormittag geborgen werden. — Aus zahlreichen Orten Württembergs laufen Nachrichten von heftigen Erderschütterungen ein, die sich meist früh zwischen 6 und 7 Uhr bemerkbar machten. Auch in Stuttgart wurde ein Erdstöß von bemerkenswerter Stärke, der von dumpfem Geräusch begleitet war, nachgenommen. — Im Berliner Metropolitantheater vom Tode überredet wurde die 49 Jahre alte Blumenverkauferin Margarete Schulz aus Mellen bei Jollen. Die Wittwe verlor im Metropoltheater den Blumen- und Kartenvorverkauf und wurde Montag abend vom Herzschlag getroffen. — Zwei Kinder verbrannt. Ein schweres Brandunglück trat sich am Montag in Schilly bei Bredow bei. Dort wurden drei Kinder im Alter von 7, 8 und 2 Jahren von ihren Eltern in dem einjam liegenden Weidst allein zurückgelassen. Wählich geriet das Haus in Brand, und die beiden jüngsten Kinder kamen in den Flammen um. Das älteste trug sehr schwere Brandwunden davon. Das Geschöß ist vollständig niedergebrannt.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 18. Januar. Der „Vollanzeiger“ meldet aus London, daß gestern wieder eine Vermehrung des deutschen Schuhmanns Glanz vor dem Untersuchungsrichter stattgefunden hat, die aber ergebnislos verlief, weil mehrere Dokumente aus Deutschland noch nicht eingegangen waren. Glanz wurde nach seiner Zelle zurückgebracht.

Litex, 18. Januar. Einige Gepädwagen eines Zuges, mit dem Wertpapiere befördert wurden, gerieten in Brand. 40 Papietäde fielen den Flammen zum Opfer. Man befürchtet, daß große Summen in Wertpapieren verloren gingen.

Turin, 18. Januar. Einem Goldwaren- und Juwelenhändler wurden hier von Gaunern Schmuckstücken im Werte von mehreren tausend Lire entwendet.

Peking, 18. Jan. Ein Offizier und ein Soldat, die bei dem Anschlag auf Juansichai schwer verletzt wurden, sind ihren Verwundungen erlegen. 40 verdächtige Personen wurden verhaftet. In einigen Provinzen herrscht völlige Anarchie. Unter den 10 000 in Siangtu hingemegellen Personen befinden sich auch eine große Anzahl Kinder.

Briefkasten.

H. C. Jeer. Das Gesetz ist zwar vom Landtag angenommen, aber von der Regierung noch nicht publiziert. Voraussig beruht noch der alte Zustand.

Schwäuer.

Freitag, 19. Januar: vormittags 1.08, nachmittags 1.41

Öffentl. Auskunftsstelle zur Bekämpfung des Alkoholismus.

Müritingen, Peterstraße 14. Täglich abends von 7-8 1/2 Uhr geöffnet. Unentgeltliche Auskunftserteilung über die Alkoholfrage, sowie über Fürsorge und Stellung Alkoholkranker, über Sozialhilfen, Entmündigung von Alkoholkranken, Trunkschuttmittel-Schwindel usw.

Arbeiter, agitiert für Eure Zeitung!

Verantwortlicher Redakteur: **J o s e f M i e d e**, Verlag von **P a u l D u g**, Notationsdruck von **P a u l D u g & C o.** in Müritingen.

Dierzu eine Beilage

Aussergewöhnlich billiges

Ca.
500
Stück

Damen-Blusen-Angebot!

Wolle, Tull u. Seide, für Haus, Strasse u. Ball passend, weiss, schwarz, hell-, mittel- u. dunkelfarbig, in allen gängigen Grössen

Serie 1 Mk **3¹⁰** Serie 2 Mk. **4⁵⁰** Serie 3 Mk. **6²⁵** Serie 4 Mk. **7²⁵** Serie 5 Mk. **9⁷⁵** à Stück.

Ca.
500
Stück

Die Preise unserer Pelzwaren und Damen- und Kinder-Hüte sind bedeutend herabgesetzt!!!

Ca.
500
Stück

Bartsch & von der Brelie.

Ca.
500
Stück

Konsum- u. Sparverein
für Rüstingen und Umgegend
Eingetr. Genossensch. mit beschr. H.

Inventur-Ausverkauf!

in unserem Spezialladen
Wilhelmsh. Straße 5, Nähe Grenzstr.

— Wir empfehlen: —

- Kinder-Mützen**
- Kinder-Garnituren**
- Kinder-Kleidchen**
- Kinder-Röckchen**
- Kinder-Hemden**
- Nachthosen**
- Handschuhe** für Kinder, Damen und Herren
- Gestrickte Westen** für Herren

zu spottbilligen Preisen.

— Ferner: —

- Damen-Wäsche**
- Handtücher**, abgepaßt und met-rwisse
- Hemdentuch**
- Schlafdecken** usw.

VARIETE THEATER
ADLER

Täglich: Großes Gastspiel des berühmten deutsch-amerikan. Berwandlungsschauspielers, Komponisten-Darstellers u. Universal-Rünstlers

John Barlen

Ferner:
Ludwig Wolff-Schaele
mit vollständig neuen Schlägern sowie das durchweg kritischste Attraktions-Programm!

— Freitag: —
Nichttrander-Abend.

Nordenham.
Mohr- u. Nüßchenstühle
werden sauber geflochten von
Gerh. Harms
Ludwigstraße 14.

Aufgearbeitet
den Volltermittel u. Marken billig von B. Zrahendorf.
Wilhelmshaven, Börsenstr. 15.

Bürgerverein Rüstingen.
Sonnabend, 20. Januar, abends 8.30 Uhr
im Siebtsbürger Hof (W. Heinen):

Ordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Kassenbericht. 3. Kommunales.
2. Vorstandswahl. 4. Verschiedenes.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verein
Rüstingen-Wilhelmshaven.

Sonnabend, 20. Januar, abends 8.30 Uhr
in Zedwaffers Wohnh., Rüstingen:

General-Versammlung.

Tagesordnung:
Jahresabrechnung u. Abrechnung vom 4. Quartal.
Neuwahlen der Ortsverwaltung und Kommissionen.
Verschiedenes.
Es ist dringend erwünscht, daß Inanbetracht der wichtigen Tagesordnung die Versammlung zahlreich besetzt wird.
Die Ortsverwaltung.

Trauerbriefe liefern Paul Hug & Co.

Trinkt
„Lebensquell“

Verband der
Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Freitag den 19. Januar,
abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung
in der Bürgerhalle, Grenzstr. 8.

Tagesordnung:
1. Abrechnung.
2. Bericht des Vorstandes.
3. Bericht des Vorstandes und der Kommissionen.
4. Verbandsangelegenheit und Verschiedenes.
Vollständiges Erscheinen ist unbedingt erforderlich.
Der Vorstand.

Deutscher
Holzarbeiter-Verein
Jubiläum
Rüstingen-Wilhelmshaven.

Freitag den 19. Januar,
abends 8 1/2 Uhr:

Sektions-Versammlung
der Werkstätten
bei Halverland, Grenzstr. 8.

Zahlreichen und pünktlichen Besuch erwartet wegen der wichtigen Tagesordnung
Die Ortsverwaltung.

Bürgerverein Bant, Rüstingen.

::: Einladung :::

zu dem am Freitag den 26. Januar im Lokale des Herrn Fischer (Konzert- und Ballhaus Odeon) — stattfindenden —

31. Stiftungs-Fest

— bestehend in —
Konzert, Theater und nachf. Ball.

Kassenöffnung 7 1/2 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.
Karten im Vorverkauf 30 Pf., an der Kasse 40 Pf., Tanzband 75 Pf. Mitglieder frei.
Um zahlreichen Besuch bittet
Das Festkomitee.

Der zweite Waggon

Konserven

in bekannter prima Qualität, kommt von heute ab zum Verkauf.

2 Pfd.-Dose Breh- u. Schilbohnen 20 ¢	2 Pfd.-Dose Erbsen . . . 70 58 38 ¢
2 Pfund-Dose Karotten 48 ¢	2 Pfund-Dose Spinat 42 ¢
2 Pfund-Dose Leipziger Allerlei . . . 95 70 48 ¢	2 Pfund-Dose Erbsen mit Karotten 95 68 50 ¢
2 Pfund-Dose Grosse Bohnen 58 ¢	2 Pfund-Dose Weiss- und Wirsingkohl. . 35 ¢
2 Pfund-Dose Pufferlinge 65 ¢	2 Pfund-Dose Spargel mit Köpfen . 110 05 85 ¢
2 Pfund-Dose Pflaumen 48 ¢	2 Pfund-Dose Kirschen 68 ¢
2 Pfund-Dose Kirschenbeeren 70 ¢	2 Pfund-Dose Mirabellen 78 ¢

1 Glas Mixpickles, kleine Pfeffergurken, Senfgurken, Silberzwiebeln, Zuckergurken 45 ¢
Dosenöffner 10 ¢

Unser Inventur-Ausverkauf

beginnt nächste Woche.

J. Margoniner & Co.

Marktstr. 34. Gökerstr. 8.

Biochemischer Verein
Altenburg-Schaar.

Sonnabend, 20. Januar,
abends 8 Uhr:

General-Versammlung
bei Janßen, Altenburg.

Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder dringend erwünscht.
Der Vorstand.

Schorfens.
Freie Turnerschaft Gestränge

Sonnabend, 20. Jan.,
abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung
im Deltinger Hof (G. Bohl).

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist wegen Wichtigkeit der Tagesordnung erforderlich.
Der Vorstand.

Arbeiterverein Accum.

Sonnabend, 20. Januar,
abends 8 Uhr:

Monats-Versammlung
bei W. Gogers.

Pünktliches Erscheinen der Genossen ist notwendig.
Der Vorstand.

Osternburg.

Achtung! Achtung!
Mitglieder des Arbeiter-Gesangsvereins Siebertalel.

Die Gesangsstunde am Sonnabend fällt wegen der öffentlichen Versammlung bei Doob aus.
Der Vorstand.

Trinkt
„Lebensquell“

Die Masse muß es bringen!

Nur durch eigene bedeutende Fabrikation sowie durch Vermeidung aller unnütigen Zwefen ist es uns möglich, zu den billigsten Preisen noch eine wirklich gute Qualitäts-Zigarre zu liefern. Machen Sie bitte einen Versuch! Sie werden Kunde für die Dauer. Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

Albracht & Beging, Zigarren-Fabrik

Verkaufsstelle: Marktstraße 25.

Frieden im Holiereergewerbe.

Nachdem der Bauarbeiterverband dem Verband der Holierefirmen am Jahresabschluss mitgeteilt hatte, daß er das am 22. Dezember vereinbarte Provisorium durch das Verhalten der Breslauer Firmen und der Leipziger Filiale der Firma Reinhold u. Co. als gescheitert betrachte, teilte ihm die Leitung des Firmverbandes mit, daß das Provisorium lediglich durch Mißverständnisse nicht zustande gekommen sei. Bekanntlich ging das Provisorium dahin, daß die Arbeit am 2. Januar wieder aufgenommen werden sollte, wenn in Breslau, Leipzig und Frankfurt a.M. zwischen den Holiereern und den Firmen eine Verständigung für die Zeit des Provisoriums erzielt werde. Während der Dauer des Provisoriums (1. April 1912) sollten dann Verhandlungen zum Abschluß von Tarifverträgen stattfinden. Das Provisorium schloß an der Vollständigkeit der Breslauer Firmen, die es ablehnten, den Holiereern bei Affordarbeit den Stundenlohn zu garantieren oder die für Berlin vereinbarte Affordklausel anzuerkennen, nach der die Holiere die Affordarbeit verweigern können — ohne eine Maßregelung befürchten zu müssen — wenn nach ihrer Ueberzeugung die Arbeit so schlecht liegt, daß sie glauben, bei der Affordarbeit ihren vertraglichen Lohn nicht verdienen zu können. Auch vor bei der Firma Reinhold u. Co. in Leipzig ein Differenzpunkt gelassen, der mit zum Scheitern des Provisoriums beitrug. Dagegen war in Frankfurt a. M. insofern eine Verständigung erfolgt, als die dortigen Firmen für die Dauer des Provisoriums eine Lohnerhöhung von 2½ Pfg. bewilligten. Der Verband der Holierefirmen wünschte neue Verhandlungen, um nach Beilegung der Mißverständnisse zum Abschluß des vorher gescheiterten Provisoriums zu kommen.

Am 8. und 9. Januar fanden dann neue Verhandlungen — diesmal in Hamburg statt. Bei diesen Verhandlungen erklärten die Vertreter des Bauarbeiterverbandes von vornherein, daß sie jetzt zum Abschluß des früher vereinbarten Provisoriums nicht mehr in der Lage seien, weil sich die Differenzen inzwischen durch die Vergroberung des Kampfes infolge neuer Ausforderungen und durch die darauf erfolgte Einreichung von Forderungen durch die Holiereer der verschiedenen Orte vergrößert hätten.

Nach langen Verhandlungen kam ein Provisorium auf etwa folgender Grundlage zustande: Für Frankfurt a. M. gelten während der Dauer des Provisoriums die Vereinbarungen vom 28. Dezember, wonach unter anderem der Lohn jetzt um 2½ Pfg. erhöht wird. In Breslau wird der Stundenlohn für Holiereer auf 65 Pfg. bei neunstündiger Arbeitszeit festgelegt. Die Berliner Affordklausel wird von den Firmenabnehmern abgelehnt. Die Firma Reinhold u. Co., Filiale Leipzig, erkennt den dortigen Tarifvertrag für die Dauer seines Bestehens an, sie verpflichtet sich, nicht in Arbeit zu lassen und Holiereer — auch die jetzigen Streikbrecher, wenn sie infolge Arbeitsmangel arbeitslos werden — nur durch den Arbeitsnachweis der Holiereer einzustellen. Den Holiereern der Verbandsfirmen in Hamburg, Hannover, Celle, Düsseldorf und Mühlhausen i. G.H., soweit sie nicht schon im Vorjahre Lohnerhöhungen erhalten haben, wird eine sofortige Lohnerhöhung von 2½ Pfg. pro Stunde gewährt. Auf Grund dieser vorläufigen Vereinbarungen behält der Bauarbeiterverband die über die Verbandsfirmen verhängten Streiks und Sperren und der Verband der Holierefirmen seine Ausforderung auf, so daß am Montag den 15. Januar die Arbeit bei den Verbandsfirmen überall wieder aufgenommen werden konnte. Maßregelungen dürfen von keiner Seite stattfinden. Während der Dauer des Provisoriums sollen Verhandlungen zum Abschluß von Tarifverträgen stattfinden.

Mit diesen Abmachungen hat der Bauarbeiterverband die Forderungen durchgesetzt, die nach einem Beschluß der im November abgehaltenen Konferenz der Holiereer zunächst durchgesetzt werden sollten, nämlich die Anerkennung der Forderungen der Breslauer Holiereer und die Anerkennung des Leipziger Vertrags durch die Firma Reinhold u. Co. Außerdem müssen die Holierefirmen in einer Reihe anderer Orte für ihre Aussperrung eine sofortige Lohnerhöhung von 2½ Pfg. zahlen. Ueber die weiteren Wünsche der Holiereer wird bei den im Februar beginnenden Verhandlungen zum Abschluß von Verträgen zu reden sein. Man darf wohl ohne weiteres annehmen, daß der Verband der Holierefirmen, wenn ihm an einem längeren Frieden etwas gelegen ist, für die Holiereer eine Reihe von Orten weitere nennenswerte Zugeständnisse machen wird; denn zum zweitenmal dürfte der Bauarbeiterverband bei der Arbeitseinstellung nicht mehr die Friedensbedingung zeigen, die er diesmal gezeigt hat.

Schließlich sei noch bemerkt, daß die aus dem Verband der Holierefirmen ausgetretene Firma Grünzweig u. Hartmann in Ludwigshafen das vorstehend skizzierte Provisorium nicht anerkannt hat. Bei ihr geht daher der Kampf in allen Filialen weiter.

Gewerkschaftliches.

Erfolgreiche Lohnbewegungen in der Lederindustrie.

Die Lederarbeiter, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen der Glacélederfabrik Heidingsfeld haben ihren am 24. Januar ablaufenden Tarifvertrag auf 4 Jahre erneuert und wesentliche Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erzielt. Durch den neuen Vertrag wird die tägliche Arbeitszeit von 9½ auf 9 Stunden verkürzt. Die Arbeiterinnen arbeiten dem Gesetz entsprechend an den Sonnabenden und den Tagen vor gesetzlichen Feiertagen nur 8 Stunden. Der Stundenlohn wird für die männlichen Arbeiter für die ersten zwei Jahre um 5 Pfg., für die anderen zwei Jahre um 2 Pfg., insgesamt für die ganze Vertragsdauer um 7 Pfg. pro Stunde erhöht. Der Stundenlohn der Arbeiterinnen wird für die ganze Vertragsdauer um 4 Pfg. pro Stunde erhöht. Ueberstunden und Sonntagarbeit werden mit 5 Pfg. Aufschlag bezahlt. Per 1. Mai ist freigegeben. Arbeiter und Arbeiterinnen, die mindestens vier Jahre ununterbrochen im Betriebe beschäftigt sind, erhalten jährlich drei Tage Urlaub von Fortzahlung ihres Lohnes.

In Leipzig erhielten die Sandstrahlmacher der Firma Langer eine Erhöhung des Schichtlohnes um 14 Pfg. pro Stunde.

In Neumünster mußte die Firma Biese nach vierstägiger Aussperrung die bereits früher vereinbarte Verkürzung der Arbeitszeit von 9½ auf 9 Stunden pro Tag zur Einführung bringen.

Der Streik der Lackierer und Anstreicher in der Göttinger Waggonfabrik konnte durch Vereinbarung beigelegt werden. Die erledigten Abzüge werden einer Revision unterzogen, sämtliche Streikenden werden wieder eingestellt. Die Zeit des Streiks wird in Rücksicht auf die bestehenden Versicherungs- und Pensionsbeschränkungen des Betriebes als Urlaub betrachtet. Da infolge der Störung, die der Betrieb durch den Streik erlitten hat, nicht sofort alle Streikenden eingestellt werden können, neue Arbeitskräfte aber nicht angenommen werden, ist vor Ruzug nach wie vor zu warnen.

Soziales.

Der erste Transport australischen Gefrierfleisches wurde nach Deutschland eingeführt und zwar ein Transport gestorener Schmelze von Australien nach Bremen, von dort wurde ein Teil des Fleisches nach Berlin und ein anderer Teil nach Chemnitz in Spezialwagen weiter transportiert. Dienst-

tag hat in Chemnitz auf dem dortigen Schlachthof eine Kostprobe stattgefunden, die zur Zufriedenheit der am Wahl beteiligten ansah. Der Verkaufspreis stellt sich auf ungefähr 70 Pfg. pro Pfund. — Und dieses Fleisch soll nach unsern Agrariern Gift sein!

Lokales.

Rüstringen, 18. Januar.

Das Staatsministerium macht bekannt, daß der Zinsfuß für neu ausgegebene Darlehen der Staatlichen Kreditanstalt fortan 1. für Darlehen auf Häuser höchster Bauart in der Stadt Rüstringen, sowie in den Gemeinden Langenooze, Nordenham und Wexen 4,5 Proz., 2. für sonstige Darlehen 4,2 Prozent beträgt. Für die bereits fest bewilligten Darlehen bleibt es bei den bisherigen Sätzen. Auch bleibt für solche künftig anzugebende Bürgschaftsdarlehen des Landeskulturfonds und solche Kleinwohnungsdarlehen, zu denen eine Zinsbeihilfe gewährt wird, der Zinsfuß von 4 Prozent bis weiter bestehen.

Das Oldenburgische Gesetzbuch (Band 38, Stück 2) enthält: Gesetz für das Großherzogtum Oldenburg vom 9. Januar 1912 zur Abänderung des Gesetzes vom 14. Oktober 1849, betreffend die Rechtsverhältnisse der von einem güt- und laugherlichen Heirats- oder Unterthanigkeitsverbande besetzten Stellen und die Entschädigung wegen der aufgehobenen güt-herlichen und sonstigen Lasten, sowie zur Abänderung des Gesetzes vom 11. Februar 1851, betreffend die Ablösung der auf Grund und Boden haftenden Lasten.

Das Verzeichnis über Betriebswechsel und Veränderungen für die Berufsgenossenschaft Oldenburger Landwirte liegt vom 16. bis 31. Januar d. Js. einschließlich zur Einsicht der Interessenten öffentlich aus. Während einer weiteren Frist von 14 Tagen können die Betriebsunternehmer wegen Aufnahme oder Nichtaufnahme ihres Betriebes in das Verzeichnis sowie gegen ihre Veranlagung und Aufschätzung bei dem Genossenschaftsamt Einspruch erheben.

Die Staatswege werden bei Eintritt von Tauwetter nach längerer Frostperiode für den Transport von Ralzen, so macht das Amt in auswärtigen Blättern bekannt, die einschließlich des Gewichtes des Fuhrwerkes mehr als 3300 Kilogramm wiegen, gesperrt sein. Auf die Behinderung der Benutzung wird durch Warnungstafeln hingewiesen.

Wilhelmshaven, 18. Januar.

Gemeinschaftliche Übung d. der südlichen Kollegen findet statt am Freitag, den 19. d. Mts., nachm. 5 Uhr, im großen Übungsaale des Marzhauses mit folgender Tagesordnung: 1. Neue Luftkutschsteuerordnung. 2. Besondere südliche Gewerbesteuerordnung.

Die Schiffliste für billige Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika (10 Pfg. für je 20 Gramm) ist für die nächste Zeit folgende: „Prinz Friedrich Wilhelm“ ab Bremen 20. Januar, „Kaiserin Augusta Victoria“ ab Hamburg 27. Januar, „Kronprinz Wilhelm“ ab Bremen 30. Januar, „Präsident Grant“ ab Hamburg 3. Februar, „George Washington“ ab Bremen 10. Februar, „America“ ab Hamburg 17. Februar, „Prinz Friedrich Wilhelm“ ab Bremen 20. Februar (Postnachricht nach Ankunft der Frühzüge). Alle diese Schiffe außer „Präsident Grant“ und „Prinz Friedrich Wilhelm“ (bei der Fahrt am 20. Februar ab Bremen) sind Schnelldampfer oder solche, die für eine bestimmte Zeit vor dem Abgange die schnelle Beförderungsgeschwindigkeit bieten. Es empfiehlt sich, die Briefe mit einem Leitbrevier wie „Direkter Weg“ oder „über Bremen oder Hamburg“ zu versehen.

Das Kriegsgericht der II. Marine-Inspektion verhandelte gestern gegen den Matrosen U von der 5. Komp. der

Andreas Wst.

Szenenroman von Ludwig Thoma.

(3. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Einen Augenblick, Wst! Ich habe nichts dagegen. Sie anzuhören, aber Sie dürfen nicht in diesem Tone reden.“

„Vielleicht kann Sie schönere Wörter, als wie's i. I bin bloß a Bauer. Aber was taten Sie dazu sagen, wenn ein mal über Gabna was g'lagt wird, was recht Gemein's? So was Gemein's, wo Sie lei merken, es is a so hegricht, daß's Gabna recht schad'n soll? Und Sie wissen, net so Silken is wahr, taten Sie net da reden von an Dum? Oder was gibt's da für an andern Nam?“

„Ich würde mich nicht auf Schimpfen verlassen, sondern mit Ruhe und Anstand das Unrecht nachweisen.“

„Entschuldig'n S' halt! Und erlauben S' de Brog'. Herr Bezirksamtman, was hat Gabna zu der Ueberzeugung bracht, daß i' s' schlecht bin, oder net geeignet, wie Sie sag'n?“

„Zunächst der Umstand, daß Sie Kerpensin gegeben haben, durch die Mißhandlung Ihres Vaters.“

„Und woher wissen Sie den Umstand?“

„Das ist Ihnen doch bekannt! Warum fragen Sie mich? Aus der Aufschreibung Ihres verstorbenen Vaters.“

„Vom lebendigen Vorrer Geld hätten S' des kaum gehört. An de Aufschreibung glaub i' net, Herr Bezirksamtman.“

„Wie können Sie das sagen?“

„Weil i' an Herrn Geld kennt hab'. Ob de Aufschreibung wahr is, dös muach i' do wissen! I muach do wissen, ob i' mein Vater mißhandelt hab' oder net!“

„Aberdings.“

„Ja, allerdings. Und weil i' woog, daß's net woar is,

fann i' sag'n, dös hat der Herr Geld net g'schrieb'n. Der war so Rump.“

„Noch einmal, Wst, führen Sie Ihre Sache mit Ruhe, oder ich breche diese Unterredung ab!“

„Ja! I bin scho wieder groß g'wen. Vielleicht hat's der Horn g'macht, daß ma den Mann no als a Toten in de Sach' da rei'ziagt.“

„Wer zieht ihn herein? Es handelt sich um seine eigene Aufschreibung.“

„Und i' glaub's net. Na, wern S' net ungeduldig, Herr Bezirksamtman! Sie hann an Herrn Geld vielleicht a paar mal g'leh'n, vielleicht aa gar net. Mir hat er von Iloan auf Religionunterricht geb'n, hat mi in der Christenlehr' g'hab't. Er hat mi mei Wairin kopuliert, is auf meiner Hochzeit als ehrengedachter Gast g'wen, und hat meine Kinder aus da Tauf' g'hab'n. Wo i' mit eam a'jamn'troffen bin, is er freimüßig g'wen zu mir, hat mi tröst, wenn i's brandt hab', und hat mi an Red' geb'n. Er hat mi g'lobt, allea vor der Reugen, weil er recht quod g'müßt hat, daß i' mi recht'schaffen hab' plag'n müassen. Und dös is allamei gleich g'wen, es hat no auf's Ohr; no vierzehn Tag vor sein Tod is er bei mir g'wen, in mein Haus. Und jetzt müacht i' glaub'n, der Mann hält' a Verleumdung über mi g'schrieben. Was moar denn dös?“

„Darüber kann ich nicht urteilen; ich weiß das alles nicht.“

„Was ma net selber woog, so ma der sag'n. Da is der Weiß, der mir dös bestätig'n muach.“

„Was soll er bestätigen?“

„Was der Herr Geld geg'n mi g'wen is.“

„Das kommt jetzt nicht. . .“

„Weiß unterbrach die von Gott gesetzte Obrigkeit mitten im Satz. Er hielt es für angezeigt, endlich ein richtiges Wort zu sagen.“

Nicht schnurgrade wie der Schuller, sondern so, wie es einem Manne ansteht, der das heimliche Getriebe durchschaut und sich gründliche Kenntnisse verschafft hat. Er stellte den rechten Fuß vor, und blinzelte schlau. Seine Augen sagten dem Bezirksamtman, daß sie zwei sich wohl verstanden, wenn sie auch nicht deutlich redeten.

„Indem da Schuller behaupt'“, sagte er, „daß i' an Herrn Geld g'nau kennt hab', so is also dös durchaus richtig. Indem i' zwanzig Jahr' lang Kirchspfleger war und oft ei'lehrt hab' im Pfarrhof, und weil i' überhaupt a so bin, daß i' mir d' Deut' g'nau o'schaug. Also da muach i' meine Meinung dahin abge'n, daß mir da Herr Geld ganz wohl g'fallen hat. Wenigstens nach dem, was er merken hat lassen. Natürl, die Geislichkeitheit und der Adel, dös woach mi recht quod, hann no a s'onderne Sach', de wo sie net aufweisen derken. Da hat mi der Herr Geld an net einflussig'n lassen. Es werd halt a Geheimnis sei, auf dös sie g'jamn'g'hamoren san, und dös wo der Bauernmisch net wissen berf. Da Herr Bezirksamtman versteht mi scho.“

„Ich verstehe Sie gar nicht.“

„Net?“

„Weiß lächelte, als wollte er sagen: „Du nur so! Du hast ganz recht, daß du nicht einem jeden deine Karten zeigst.“

„Net? No i' hab' bloß g'moant. Es gibt so Wücker, in dena dös alles offenkbar g'macht is, und hie und da derwischt unner ona so a Wücker. Aber was dös betrifft, von Herrn Geld, so muach i' sag'n, jinscht hat er mir net fidel g'fallen.“

Der Schuller drehte sich nach ihm um.

„Du sollst sag'n, ob des mücht is, daß er so was geg'n meiner g'schrieb'n hat.“

„Wal ma's a so betracht, so ma's net glaub'n, indem da Herr Geld allamei quod wo dir g'recht hat und indem er quod

2. M.D. Derselbe verließ am 12. Oktober 1901 sein Schiff „Victoria Luise“ und hielt sich während der ganzen Zeit in Deutschland auf, hatte an verschiedenen Orten seinen Wohnsitz und ging seiner Arbeit nach, ohne daß er entdeckt wurde. Er stellte sich vor kurzem in seiner Heimat freiwillig der Behörde. Das Urteil lautet auf 1 Jahr Gefängnis und Verlegung in die 2. Klasse des Soldatenstandes. — Die beiden Matrosensträflinge W. und Weg. von der 2. M.-M. verließen in unerlaubter Weise ihren Truppendienst, führten noch Waffen, verlegten dort ihre Uniformen und tauchten sich in Zivilläden. W. verschaffte sich auch eine falsche Urlaubskarte. Nachdem das verfügbare Geld alle geworden war, dampften sie nach Vehrte und stellten sich dort der Behörde. Die Beiden wollen nicht fahnenflüchtig geworden sein, sondern nur eine Vergünstigung angetreten haben. Das Kriegsgericht scheint dergleichen Ausflüsse aber nicht gern zu sehen; denn W. erhielt wegen Urlaubsüberschreitung und Weg. in drei Fällen 6 Monate 5 Tage Gefängnis und sein Begleiter Weg. wegen Urlaubsüberschreitung und Angebots in zwei Fällen 3 Monate 5 Tage Gefängnis. Ein Monat und die Tage werden auf die Untersuchungsfrist angerechnet. — Der bereits mehrmals vorbestrafte Torpedomatrose F. hat sich mehrere Straftaten schuldig gemacht. Statt zur Reidermusterung zu gehen, wie ihm befohlen war, entfernte er sich am 25. Dez. und kam erst am 27. Dez. nachts wieder. An einem anderen Abend ging er wieder ohne Urlaub los und kam gegen morgen 4 Uhr zum Bäckereimeister Behrend. Nachdem er sich erkundigt hatte, kam plötzlich das Dienstmädchen des Bäckereimeisters in großer Angst und nur notdürftig bekleidet herunter mit der Angabe, in ihre Kammer sei ein Mann eingebrochen, habe ihr mit dem Seitengewehr gedroht, weil sie ihn nicht bei sich dulden wolle; es sei ihr aber gelungen, zu entweichen. Die von der Wache herbeigerufene Patrouille fand dann den Angeklagten halb ausgekleidet noch in der Kammer vor und arrezierte ihn. Das Mädchen vermehrte aber am andern Morgen auch seine Uhr und Kette, die beide beim Angeklagten gefunden wurden. Wegen unerlaubter Entfernung, Verletzung mit einem Verbieten im Zusammenhang mit rechtswidrigem Waffengebrauch und Unterschlagung erhält der Angeklagte 6 Monate Gefängnis und Verlegung in die 2. Klasse des Soldatenstandes.

Aus dem Lande.

Die Anordnung von Brandwachen durch den Gemeindevorsteher ist maßgebend.

In diesem Sinne lautete die grundsätzliche Entscheidung des Oldenburger Landgerichts. Im vorigen Sommer hatte nachts ein Blitzschlag das weitemännliche Wohnhaus in Borensch bei Goldenstedt in Brand gesetzt. Es war abgebrannt und das Feuer auch im großen Ganzen gelöscht worden. Doch glöhtete der Brand weiter, so daß der Gemeindevorsteher es für nötig hielt, nachmittags am andern Tag auch noch Feiurlage zu treffen und eine Brandwache an Ort und Stelle zu lassen. So ließ er auch um 4.30 Uhr den Jeller keine auffordern, Wache zu leisten. Dieser leistete aber der Aufforderung nicht Folge. Gegen einen hierauf erfolgten Strafbefehl über fünf Mark von Amt wegen beantragte Reine richterliche Entscheidung. Sie fiel aber zu seinen Ungunsten aus; die verhängte Strafe wurde bestätigt. Jetzt legte Reine Berufung beim Landgericht ein. Er erklärte u. a., daß eine Gefahr nicht mehr vorliegen habe, und deshalb sei er nicht verpflichtet gewesen, der Aufforderung des Gemeindevorstehers zu folgen. Doch ergab die Beweisaufnahme und die polizeiliche Befundung, daß unter andern dem Schweißkasten große Gefahr drohte, wenn der Brand wieder ausgebrochen wäre. Ein Beweis-antrag des Verteidigers, neue Proben darüber zu hören, daß um 4.30 Uhr für die fremden Nachbarn keine Gefahr mehr vorgelegen habe, wurde als zur Sache unverständlich abgelehnt. In seiner Verteidigungsrede wies der Verteidiger darauf hin, daß fremdes Eigentum, von dem das Ge-

fahrliche, als sich gerade an dieser Stelle ein tiefer Graben befand. Auf sein Hülfenrufen eilte ein sich nur noch zufällig dort aufhaltender Arbeiter herbei, dem es nach mehreren Versuchen gelang, den durch die Ralte schon ganz Erstarrten zu retten.

Nordenham, 18. Januar.

Aus dem Stadtrat. Die erste Stadtratsitzung in diesem Jahre sagte vorerit am 11. „Friedrich Hof“. Einen ausführlichen Bericht über die verfloffenen Jahre, seit Nordenham Stadt ist, gab der Bürgermeister; anschließend wurden die neuwählten Stadtratsmitglieder in ihre Ämter eingeführt und verpflichtet. Den ausstehenden Mitgliedern des Stadtrats wurde der Dank für die geleisteten Dienste ausgesprochen. St.-M. Claassen nahm dann das Wort. Er feierte die Wahl der Stenergettel-Wahlparole, die vom Bürgerverein bei der letzten Stadtratswahl ausgesüßt worden sei, was doch selbst Magistrat und Stadtrat nicht übertreiben könnten, begründete noch verlassene von der übergroßen Mehrheit des alten Stadtrats gelösten notwendigen Wünsche und Gebeten. — Als erster Vorsitzender wurde St.-M. Mosel wiedergewählt. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde St.-M. Heller gewählt. Die Wahl der Kommissionen wurde ausgeführt. Hierzu wurde eine fünfgliedrige Kommission gewählt, die dem Stadtrat geeignete Kommissionsmitglieder in Vorschlag bringen soll. — Zur Vergebung der Lizenzen für die neue Volksschule lagen zwei Angebote vor. Und zwar forderten Joh. Sommer 2573.78 M. und Ed. Wulff 2933.60 M. Letzterer wurde der Zuschlag erteilt. — Eröffnung einer katholischen Volksschule. Der Stadtrat hat sich im verfloffenen Jahre wiederholt mit dieser Frage beschäftigt und stets die Eröffnung abgelehnt. So nun die Voraussetzungen des Schulgesetzes vorliegen, ist vom Großherzoglichen Ante Aufträge die Eröffnung einer Schule angeordnet. Der Magistrat beauftragt die Anordnung und wird die Eröffnung einer katholischen Volksschule nimmere noch kurzer Aussprache beschlossen. Ferner wurde beschlossen, in den Schulvorstand vier katholische Gemeindeglieder zu wählen. — Die Realschul-Vorstandmitglieder begründen die Notwendigkeit der Anstellung einer neuen Lehrkraft. Nach einigen Bemerkungen einiger Stadtratsmitglieder beschließt der Stadtrat die Anstellung eines wissenschaftlichen Hilfslehrers zu April 1912. — Ein Antrag um Uebernahme der Zofobrotze mit einer elektrischen Leitung vom Schlosser Eisenbauer wird unter den bestehenden Bedingungen genehmigt. — Verprochen wurde dann noch die Anstellung der Bahnerkarten an die Wähler. Auf Beschluß der letzten Stadtratsitzung wurden den Wählern zum Stadtrat sowie zum Reichstags-Wahlzettel gestellt. Die Mehrheit des jetzigen Stadtrats hält es für die Pflicht nicht erforderlich, noch einmal Karten zu schicken, die Wähler erhalten also zur Reichstags-Wahlzettel keine Karten mehr zugestellt. — St.-M. Schwarting regt an, das unbenuzte Land bei der neuen Gasanstalt zu vermieten. Der Magistrat teilt mit, daß darüber in der Magistratsitzung schon verhandelt worden sei. Zum Schluß wurden noch Steuererlösgelder verträglich verhandelt.

Sande, 18. Januar.

Selbstmord. Die kürzlich spurlos aus ihrer Wohnung zu Koffhausen verschwundene Witwe Friske und ihr kleines Kind wurden im Tief bei Doornhausen (nahe bei Jever) als Leichen aufgefunden. Das Kind hatte sie in einen Sack gesteckt und so mit in den Tod genommen.

Oldenburg, 18. Januar.

Der Stadtrat hielt am Dienstag seine erste Sitzung in diesem Jahre ab. Oberbürgermeister Zapfenbeck wies in seiner Begrüßungsrede darauf hin, daß der Stadt wichtige Aufgaben harren auf dem Gebiete des Schulwesens, Fortbildungsschulwesens, der Frage der Eingemeindung und des Wahlrechts. Dann fand die Einführung der neuen gewählten Vertreter statt. Zum Vorsitzenden des Stadtrats wurde Bankdirektor J a p e r s wiedergewählt. Es wurden dann die verchiedenen Kommissionen gebildet. Dem Antrag des Magistrats, auf Abschluß eines Vertrags mit der Ueberlandzentrale, wird zugestimmt und 150.000 Mark für Anschaffung eines Transformators bewilligt. Ein Antrag Ballenhaus, auf Schaffung pensionsberechtigter Beamtstellen für Bureauangestellten und Eröffnung einer Unterhaltungsstelle für südliche Arbeiter, wird dem Magistrat zur Prüfung überwiesen. Die übrigen Punkte haben weniger Allgemeininteresse.

Das nächste Schwurgericht beginnt am Montag den 11. März 1912, vormittags 10 Uhr. Es sind ernannt: zum Vorsitzenden Landgerichtsdirektor Botke, zu dessen Stellvertreter Landrichter Dr. Fimmen, zu beistehenden Richtern Landrichter Zwickel, Landrichter Dr. Christians, Gerichtsassessor Flor, zu Ergänzungsrichtern Landrichter Dr. Hög, Landrichter Böhmker.

Eingebrochen sind vorgestern drei Gymnasialen aus der Quinta auf dem Hofe des Wittschiedentzches. Die Jungen, die z. T. bis über den Kopf ins eilige Wasser gerieten, tragen selber Schuld an ihrem Unfall, denn sie begaben sich auf abgelegte Stellen, die ganz deutlich durch Strauchwerk abgegrenzt waren.

Auf der Eisbahn auf den Donnerstauer Wiesen kam ein Schüler, der das Schlittschuhlaufen lernte, so unglücklich zu Fall, daß er einen Beinbruch davontrug.

Noch ein Einbruch. Der junge Handlungsgehilfe H begab sich vorgestern zwischen 8 und 9 Uhr zu den Wiesen in Donnerstauer, um noch etwas Sport zu treiben. Um sich gegen den harten Nordost zu schützen, suchte er, rückwärts laufend, die Eisfläche zu nehmen. Hierbei geriet er auf eine abgelegte Stelle, die nur mit einer sehr dünnen Eisschicht bedeckt war, und brach ein. Daß war um 10

gefallen, als sich gerade an dieser Stelle ein tiefer Graben befand. Auf sein Hülfenrufen eilte ein sich nur noch zufällig dort aufhaltender Arbeiter herbei, dem es nach mehreren Versuchen gelang, den durch die Ralte schon ganz Erstarrten zu retten.

Nordenham, 18. Januar.

Aus dem Stadtrat. Die erste Stadtratsitzung in diesem Jahre sagte vorerit am 11. „Friedrich Hof“. Einen ausführlichen Bericht über die verfloffenen Jahre, seit Nordenham Stadt ist, gab der Bürgermeister; anschließend wurden die neuwählten Stadtratsmitglieder in ihre Ämter eingeführt und verpflichtet. Den ausstehenden Mitgliedern des Stadtrats wurde der Dank für die geleisteten Dienste ausgesprochen. St.-M. Claassen nahm dann das Wort. Er feierte die Wahl der Stenergettel-Wahlparole, die vom Bürgerverein bei der letzten Stadtratswahl ausgesüßt worden sei, was doch selbst Magistrat und Stadtrat nicht übertreiben könnten, begründete noch verlassene von der übergroßen Mehrheit des alten Stadtrats gelösten notwendigen Wünsche und Gebeten. — Als erster Vorsitzender wurde St.-M. Mosel wiedergewählt. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde St.-M. Heller gewählt. Die Wahl der Kommissionen wurde ausgeführt. Hierzu wurde eine fünfgliedrige Kommission gewählt, die dem Stadtrat geeignete Kommissionsmitglieder in Vorschlag bringen soll. — Zur Vergebung der Lizenzen für die neue Volksschule lagen zwei Angebote vor. Und zwar forderten Joh. Sommer 2573.78 M. und Ed. Wulff 2933.60 M. Letzterer wurde der Zuschlag erteilt. — Eröffnung einer katholischen Volksschule. Der Stadtrat hat sich im verfloffenen Jahre wiederholt mit dieser Frage beschäftigt und stets die Eröffnung abgelehnt. So nun die Voraussetzungen des Schulgesetzes vorliegen, ist vom Großherzoglichen Ante Aufträge die Eröffnung einer Schule angeordnet. Der Magistrat beauftragt die Anordnung und wird die Eröffnung einer katholischen Volksschule nimmere noch kurzer Aussprache beschlossen. Ferner wurde beschlossen, in den Schulvorstand vier katholische Gemeindeglieder zu wählen. — Die Realschul-Vorstandmitglieder begründen die Notwendigkeit der Anstellung einer neuen Lehrkraft. Nach einigen Bemerkungen einiger Stadtratsmitglieder beschließt der Stadtrat die Anstellung eines wissenschaftlichen Hilfslehrers zu April 1912. — Ein Antrag um Uebernahme der Zofobrotze mit einer elektrischen Leitung vom Schlosser Eisenbauer wird unter den bestehenden Bedingungen genehmigt. — Verprochen wurde dann noch die Anstellung der Bahnerkarten an die Wähler. Auf Beschluß der letzten Stadtratsitzung wurden den Wählern zum Stadtrat sowie zum Reichstags-Wahlzettel gestellt. Die Mehrheit des jetzigen Stadtrats hält es für die Pflicht nicht erforderlich, noch einmal Karten zu schicken, die Wähler erhalten also zur Reichstags-Wahlzettel keine Karten mehr zugestellt. — St.-M. Schwarting regt an, das unbenuzte Land bei der neuen Gasanstalt zu vermieten. Der Magistrat teilt mit, daß darüber in der Magistratsitzung schon verhandelt worden sei. Zum Schluß wurden noch Steuererlösgelder verträglich verhandelt.

Hegen, 18. Januar.

Gemeinderatsitzung. Aus dem Jahresbericht für 1911, den Herr Gemeindevorsteher Wisting in der ersten Gemeinderatsitzung am vergangenen Sonntag dem Gemeinderat vorzut, entnahmen wir folgendes: 1911 hatte der Gemeinderat 12 Mitglieder, von denen mit dem Schluß des Jahres zwei ausgeschieden sind. A. Jungblond als Gemeinderatsmitglied und Kammer als Erlösmann. Sein von den alten Mitgliedern blieben darin, fünf neue sind hinzugewählt, so daß der Gemeinderat von 1912 ab 15 Mitglieder zählt. Herr Gemeindevorsteher Wisting verabschiedet den alten Gemeinderat mit Worten des Dankes. — Das Projekt der Ueberlandzentrale der A. G. G. ist nicht verwirklicht; wie die mit den Siemens-Schuckert-Werken angeführten Verhandlungen enden werden, ist noch nicht abzusehen. Bei der im vergangenen Sommer ungenutzten

nur g'lagt hat, da Heandte Kirchopfleger warst eobni du, daß i amal g'alt wurd. So möcht i moan, daß er über di was 'glarliche hätt'; es mücht i grad sei, daß eobni dös befohlen g'welen war. Muß ob'n, verbleih."

"Hören Sie doch einmal auf mit solchen Zeug! Wer soll denn so etwas befehlen?"

Ötteneder wurde ungeduldig. Die schlichte Rede des Schullerbauern hatte ihn nachdenklich gestimmt. Er konnte sich dem Eindruck nicht entziehen, daß Wahrheit in diesen Worten lag. Aber der Eindruck versag, als Florian Weiz zu sprechen anhebt.

Da stand der rüstige Vertreter dieser hinterlistigen Klasse vor ihm, welche überall verdeckten Widerstand leistete. Er verstand nicht alles, was er mit seinen Anspielungen sagen wollte. Vermutlich einiges von den dummdreisten Behauptungen, mit denen jetzt gegen die Obrigkeit gehetzt wurde.

Nein, der Herr verdrub alles! Franz Ötteneder war nicht böswärtig. Es lag ihm ferne, einem Menschen mit Ueberlegung Unrecht zuzufügen. Er hätte den Gedanken mit Enttäuschung zurückgewiesen, und so kein Verstand nicht durch Vorurteile beeinflusst war, konnte er das Rechte wohl finden.

In seiner beruflichen Stellung nicht. Hier hörte nicht seine anfängliche Gesinnung auf, aber der Flare Blick. Er wußte seine Handlungen auf ihre Nützlichkeit hin; eine Nützlichkeit, die er sich selbst zurechtgelegt hatte mit farblosen Werten vom Leben und der herkömmlichen Anschauung von öffentlicher Wohlfahrt, Staatswohl, Untertanenspflicht.

Da war nun dieser Hall Andreas Wöst contra Pörrer Kaufmännler, also contra Kirche, Christen, Staat. Von vornherein der einzelne im Kampfe gegen notwendige und nützliche Institutionen. Es hätten zwingende Gründe sein müssen, die Ötteneder hätten veranlassen können, bei einem solchen Zweifelsfalle die Sache des einzelnen mit Wohlwollen anzusehen. Ohne Wohlwollen aber ist Verständnis nicht möglich. Von diesem führte ihn sein Mißtrauen weit ab. Er sich nicht das Unrecht ein, und nicht die Tragweite seines

Vorgehens. Er lächelte bei einem Bauern weber Ehrliche noch Jortgefühll.

Wie so viele Menschen, die in den engen Gassen der Städte aufgewachsen sind und einen gewissen Bildungsstofs als Erbe mitbekommen haben, war er geneigt, die bürgerliche Art für roh und jeder Empfindung bar zu halten. Eine Bildung, welche ihre Vollendung darin such, natürliche Gefühle zu verbergen, fühlte sich recht erhaben über das formenfreie Wesen der Bauern. Sie kommt auf seltsamen Umwegen dazu, einem ganzen Stande tiefere Empfindung abzusprechen, weil er inhaltslose Formeln nicht kennt.

Und weil er in solchen Anschauungen befangen war, schlug Ötteneder sein Vorgehen gegen den Schuller gering an.

Er hätte sich vielleicht schwer entschlossen, in anderen Verhältnissen das gleiche zu tun, den Angehörigen eines anderen Standes so bloßzustellen. Hier erschien es ihm nicht als große Härte, weil er überzeugt war, daß der Erlbacher Bürgermeister Herr Pörr über die getäuschte Hoffnung empfinden werde. Das wag nicht schwer gegen die Bedenken, welche ihm eine Stellungnahme gegen den Pörrer erregen mußte. Und seine Erziehung zwang ihn geradezu, den Angaben einer Autorität ohne Prüfung Glauben zu schenken, wenn ihnen nichts anderes gegenüberstand als die Behauptung des Beschuldigten. Einen Augenblick verließ ihn seine Stäuberkeit. Er gewann sie wieder, als Florian Weiz seine Rede anhebt. Und nun begann er einen Fehler, in den alle verfallen, welche sich nicht gerne ihr Unrecht eingestehen. Er verneigte sich darauf und wollte er damit vor seinem eigenen Gewissen als Heut erscheinen lassen.

"Wer kann so etwas befehlen?" fuhr er den Alten unwillig an. "Das sind Verdächtigungen, die Ihr jetzt aus dummen Feilungsartikeln herausleht."

Er wandte sich an den Schuller. "Haben Sie Ihren Landmann deswegen mitgenommen, daß er solches Zeug daher redet?"

"Na, i hab' n'moant, er kummt mir an Zeug'n macha." Weiz schwieg. Der Bezirksamtmann hatte ihn schon verstanden; jedoch, sonst war er nicht zornig geworden. Der Schuller freilich wußte nichts davon; der gläubte immer noch, er könne mit seinem Streiten was ausrichten. Er sah nicht, daß er verpörrt war, noch bevor er anfing.

Jetzt redete er schon wieder.

"I sag's so amal, Herr Bezirksamtmann, i glaab net an dös Schreiben."

Ötteneder richtete sich auf.

"Eigentlich Wöst, ist Ihr Zweifel eine Anklage. Und zwar eine sehr schwere. Nehmen Sie sich in acht mit Behauptungen, die Sie nicht beweisen können."

"I hab' in dera Sach' loa Wort g'lagt, für dös i net ki'fieh'. Zu acht nehma müassen si de Reul', de g'logen hamm'."

(Berichtigung folgt.)

Kleines Denkmal.

Wie entziehen Kohlenbristets?

Das Bristettieren der bei der Gewinnung und Weiterverarbeitung der Kohlen entstehenden Feinstohle besaemt, derselben einen größeren Verkaufswert zu geben. Ist doch der Preis der Feinstohle in der Regel nur etwa so hoch wie der der Stückkohlen, während die Differenz zwischen Bristets und Stückkohlen wesentlich geringer ist. Ein weiterer Vorteil der Bristets liegt in der fast unbegrenzten Aufspeicherungsfähigkeit. Feinstohle gerät auf großen Haufen zu meist schon nach kurzer Lagerung in Brand oder erleidet zum mindesten eine starke Einbuße an Qualität. Bristets dagegen können fast unbefristet Zeit aufgeschwemmt werden, ohne an Güte oder Gewicht zu verlieren (ebenso ist eine Selbstentzündung sehr selten).

Die Bristettfabrikation nahm von den Steinkohlen-districten Englands und Belgiens ausgehend um die Mitte

lange herrschenden Dürre trat ein Mangel an gutem Trinkwasser ein, alsbald war die Wasserversorgungsfrage wieder da. In mancher Sitzung hat sich der Gemeinderat damit beschäftigt, zu einem Abschluß kam es noch nicht, doch ruhen die Verhandlungen noch keineswegs, gut Ding will eben Weile haben. Wären im vergangenen Jahre z. B. betr. der Wasserversorgung unter dem Druck des herrschenden Notstandes Beschlüsse gefasst und ausgeführt, sie würden jetzt ebenfalls als Selbstgriff bezeichnet werden. — An der neuangeordneten Wasserwerksgesellschaft ist die Gemeinde mit 30000 Mark beteiligt. Am 12. August 1911 traten „Neuburg“ und „Neuburg“ den Forderungen an, der sich gegen früher bedeutend großzügiger gestaltet. Wenn nicht alle Wünsche und Hoffnungen erfüllt sind, so hat das keine Grund darin, daß eben so vielfachen und verschiedenartigen Interessen Rechnung zu tragen war. — Im Jahre 1911 wurde nur eine Chaussee gebaut, die Weststraße in Einwarderfeld an der Wert entlang. Baukosten 14500 Mark. Damit dürfte das Chausseebauwerk vorläufig aus sein, aber für die nächsten Jahre sind größere Summen für Instandhaltung und Ausbesserung der Chausseen und Straßenwege bereit zu stellen. — Im Juni vergangenen Jahres erhielt der Ort Weren an einer Straßenseite eine Fußwegüberführung aus Zementsteinen. — Es wurden von der Polizeikommission im vergangenen Jahre genehmigt und in Angriff genommen 61 Wohnhäuser, Fabrikgebäude und Ställe (1910 waren es 27) und fertiggestellt 57 Gebäude (1910: 32). Zu diesen fertiggestellten Gebäuden gehört auch die zweiflässige evangelische Volksschule in Wierlande, die Mai bezogen und am Schluß des Jahres von 160 Kindern besucht wurde. Wegen Überfüllung dieser Schule, wie auch der Schule in Einwarden, mußten schon zu Anfang Sommers Erhebungen über den Neubau einer anderen Volksschule angestellt werden. Dabei stellte sich heraus, daß in den Schulbezirken Einwarden, Wierlande und Wierlande über 65 katholische Kinder die Schule besuchten. Nach langen Verhandlungen wurde endlich der Neubau einer katholischen zweiflässigen Volksschule auf dem von G. Plump angekauften Grunde in Wierlande beschlossen. Der Bau wird bei günstiger Witterung Mai bezogen werden können. Ferner wurden für die freiwilligen Feuerwehren in Wieren und in Einwarden bei den Spritzenbauern Steigerwerke erbaut. — Die Metallwerke und die Superphosphatwerke sind nach einer Entscheidung des Wintertermins von jetzt ab auch der Gemeindevollversammlung unterworfen. — In der Versammlung am 20. Januar folgte der Gemeinderat dem Beschlusse, gemeinsam mit Nordenham ein Gewerbegebiet zu errichten unter besonderen Bedingungen, da sich Nordenham aber abweichend verhielt, wird der Gemeinderat die Sache vorläufig auf sich erbrauen lassen. — Seit dem 1. Januar d. J. ist der Schlachter Hinz, Gehobweg als Gemeindefleischer angestellt. — Die Hoffnung, daß die Metallwerke im laufenden Jahre steuerfrüh werden würden, hat sich allerdings nur in ganz bescheidenem Maße bestätigt, doch dürfen wir für dieses Jahr wohl ein besseres Resultat erhoffen. Von größter Bedeutung für die Gemeinde ist der Beschluß des Aufsichtsrats der Metallwerke vom 15. November, nämlich den Sitz der Gesellschaft von Nordenham nach Friedr.-August-Hütte in der Gemeinde Wieren zu verlegen. Gegen die Errichtung einer Weichhütte auf den Metallwerken wurde vom Gemeindevorstand Einspruch erhoben, dieser aber im Einverständnis mit der Gemeindevorstellung zurückgezogen, nachdem an zuständigen Stellen Erkundigungen eingegangen waren. — Gegen Ende des Jahres brach in Teilen eine Typhusepidemie aus, in wenigen Wochen wurden 19 Personen davon ergriffen, eine junge Mutter erlag der schmerzhaften Krankheit. Sogleich haben die von allen Seiten ergriffenen Maßnahmen zur Besänftigung der Seuche besten Erfolg und greift die Krankheit nicht weiter um sich und fordert noch mehr Opfer. — In Sitzungen wurden im Jahre 1911 abgehalten: 21 Gemeinderatsversammlungen, 12 Armenversammlungen und 7 Sitzungen des Schulvorstandes. Versammlungen der einzelnen Kommissionen und Ausschüsse waren 82 an der Zahl und außerdem fanden 66

Termine statt, wovon ein großer Teil außerhalb der Gemeinde.

Einwarden, 18. Januar.

Die Parteigenossen und alle Funktionäre der Gemeinde Wieren, welche bei der Reichstagswahl tätig waren, werden zu einer wichtigen Versammlung auf Freitag den 19. Januar, abends 8 Uhr, nach Roths Wirtschaft eingeladen, betreffs Stellungnahme zur Stichwahl.

Parteigenossen, wir haben hier mit einem guten Resultat abgeschlossen, jetzt heißt es aber, jeder Parteigenosse muß es als seine Pflicht ansehen, alles daran zu setzen, um die Stimmigen aufzurütteln, denn es sind annähernd 150 Wähler in der Gemeinde Wieren, welche ihr Wahlrecht nicht ausgeübt haben. Folgende Stimmen sind in der Gemeinde Wieren in den einzelnen Wahlbezirken abgegeben:

	Hug	Traeger	Strube
Bezirk Wieren	127	133	16
Bezirk Einwarden	372	111	7
Bezirk Schweinwarden	85	85	13
In der Gemeinde Wieren auf:	584	329	36

Im ganzen Agitationsbezirk:

	Hug	Traeger	Strube
Wieren	584	329	36
Waddens	17	44	14
Burhave	37	89	86
Langwarden	40	142	40
Zusammen Stimmen:	678	604	176

Das Resultat ist ein gutes, aber trotzdem müssen wir versuchen, den letzten Wähler heranzuziehen und keiner darf fehlen. Dann wird uns der Sieg auch sicher sein.

Wierland, 18. Januar.

Wieder eingefunden hat sich der Gostwirt Danefas aus Neuburg, der von einer Schüttelhuhnpartie nach Wierland am Sonnabend nicht zurückkehrte und von dem man annahm, daß er im Hommrich ertrunken sei. Er hat am Sonnabend abend einen Bekannten getroffen, mit dem er sich nach dessen Wohnung begab. Bei einem „guten Tropfen“ sind die beiden Freunde dann jedenfalls eingedrückt und sind so spät wieder erwacht, daß U. sich erst am Sonntag abend in seiner Wohnung wieder einfand. Die Veranois seiner Angehörigen um sein langes Ausbleiben und das Finden der Leiche einer der beiden Freunde führte zu der berechtigten Annahme eines Unglücksfalles, der glücklicherweise nicht eingetreten ist.

Aus aller Welt.

Das Hochosenunglück bei Ruhrodt, das sich in der Nacht zum Dienstag auf der Hütte „Ruhrodt“ ereignet hat, ist das schwerste, von dem das Industriegebiet in den letzten Jahren betroffen wurde. Der Hochosen Nr. 7, an dem das Unglück stattfand, war erst seit einigen Tagen in Tätigkeit und befand sich in vorläufiger Ordnung. Im Laufe der Nacht hat sich nun vermutlich das Erz in dem Ofen „geleht“ und ist dann mit einem donnerähnlichen Krach in die Tiefe gestürzt. Durch den gewaltigen Druck wurde der Mantel des Hochosens zertrümmert und das flüssige Eisen strömte heraus. Die ja, eiden Arbeiter, die in der Nähe des Hochosens beschäftigt waren, konnten sich zum größten Teil nicht mehr in Sicherheit bringen. Mit von ihnen wurden von dem stehenden Ofen auf der Stelle getötet. Sie sind bis zur Unkenntlichkeit zertrümmert, so daß bisher ihre Namen nicht ermittelt werden konnten. Man weiß nur so viel, daß sich unter ihnen der Hochosenmeister Traugott, ein Vater von zwölf Kindern, und der Vorarbeiter Wulch befanden. Außerdem wurden sechs weitere Arbeiter schwer verletzt, und einer von ihnen ist bereits gestorben. So hat das Unglück bis jetzt neun Todesopfer gefordert. Wie sich nachträglich herausstellte, werden noch mehrere Arbeiter vermisst. Es besteht kein Zweifel, daß auch sie noch unter den Trümmern liegen und wahrscheinlich völlig verbrannt sind. Durch die fürchterliche Detonation, die im Werk bei dem Zusammenbruch des

Hochosens entstand, und durch die sich in weitem Umkreis ergießenden Eisenmassen wurden im Werk mühe Verletzungen angerichtet. Ten ganzen Vormittag über war die Feuerwehre mit den schwerigen Aufräumarbeiten beschäftigt. Die Direktion hat Anweisung gegeben, daß niemand von den Angehörigen zur Unfallstelle zugelassen werden soll. Erst wenn die Arbeiten der Wehre beendet sind, dürfte es möglich sein, die Anzahl der Toten und vor allem ihre Namen festzustellen.

Die Direktion der Hütte „Ruhrodt“ gibt folgende Darstellung von dem Unglück auf dem Hochosen Nr. 7: Auf dem nach oben eingerichteten Hochosen Nr. 7, der erst vor kurzem angebracht wurde, hatte sich das Material — Eisenerz, Koks und anderes — oben im Hochosen aufgehängt. Nachdem der untere Raum des Ofens leer und man tief Gefahr, daß der Ofen durchbrannte. Um dies zu verhindern, war es notwendig, die aufgehängten Massen herunterzulassen. Dabei fiel die sehr schwere Masse mit fürchterlichem Krach in die Tiefe. Die Folge davon war, daß der Ofen dem gewaltigen Druck nicht standhalten konnte und auseinanderbrach. Von den auf dem Ofen beschäftigten Arbeitern wurden acht, unter ihnen der Hochosenmeister Traugott, sofort getötet und von den Erzmassen verdrückt. Die Duisburger-Arbeiter Feuerwehre und die Sanitätskolonne von Duisburg-Ruhrort und Duisburg-Loar waren schnell zur Stelle und beteiligten sich an den Rettungsarbeiten. Einen gründlichen Aufblick bot die Unfallstelle. Unter den glühenden und rauchenden Trümmern lagen, größtenteils bis zur Unkenntlichkeit zertrümmert, die Leichen der Arbeiter. Einigen waren Arme und Beine abgerissen, die nach aus den Trümmern herausragten.

Wie inzwischen gemeldet wird, ist ein weiterer Arbeiter seinen Verletzungen erlegen, so daß die Zahl der Toten jetzt zehn beträgt.

Vermischtes.

Murmeltiere im Winter Schlaf. Ein Schweizer Leser schreibt der „N. Z. N.“: Ich hielt vor vielen Jahren mehrere Murmeltiere ausbruchsüchtiger in einem gemauerten Gartenhäuschen, dessen Boden mit Steinplatten belegt war. Als die Tiere unten und seitwärts nicht ausbrechen konnten, hatten sie sich mittels ihrer Krallen an den übermannshohen hölzernen Pfosten ein und zogen sich so in die Höhe. Der Winter schlief trat bald ein, verbunden mit Temperaturabfall und stark verminderter Atemfrequenz. Die kugelig zusammengekrullten Tiere ließen sich, wie ich meinen Bekannten oft demonstrierte, wie eine Angelglocke über den Boden schieben, ohne aufzuwachen. In die Wärme gebracht, ermunterten sie sich bald. Es zeigte sich aber, daß sie, wenn ihnen reichliche Nahrung geboten wurde, meist nicht wieder einschließen, auch wenn die Temperatur auf den früheren niedrigen Grad gebracht wurde. Es findet hier also eine Anpassung nicht nur an unangünstige Lebensbedingungen, sondern auch die überraschend schnelle Veränderung einer bereits erworbenen Eigenschaft im entgegengesetzten Sinne statt. Außerdem konnte ich dabei die interessante Beobachtung machen, daß die Tiere auch bei offenem Maul wachen, nicht nur durch die Bähne hindurch, der Ton muß also weiter hinten im Munde erzeugt werden.

Versammlungs-Kalender.

Sonnabend den 20. Januar.

Rasel.

Cal.-dem. Wolk. (Stadt), Abends 8 Uhr im Hof von Oldenburg. Cal.-dem. Wahlverein Pongelstern. Abends 8 1/2 Uhr bei Kratz.

Schiffahrts-Nachrichten.

vom 17. Januar.

Telegramme des Norddeutschen Lloyd.

Postd. Berlin, nach Newyork, geht am Donnerstag ab. Postd. Prinz Heinrich, nach Genua, heute ab Nacht. Postd. Prinz Eitel Friedrich, nach Ostien, geht am Port Said. Postd. Rhein, nach Baltimore, geht am Donnerstag ab. Postd. Nord, nach Chios, geht am Donnerstag ab.

Die Bergwerksbevölkerung der Erde.

Ein Statistiker hat ausgerechnet, daß die Zahl der Leute, die in den Bergwerken und Steinbrüchen der ganzen Erde beschäftigt sind, sich auf 7 bis 8 Millionen beläuft. In erster Stelle steht natürlich das Britische Weltreich, für das eine Bergbaubevölkerung von 2 100 000 angegeben wird. Auch Großbritannien und Irland für sich allein soll mit 1 200 000 Bergleuten noch den Vorrang vor allen anderen Staaten besitzen, dann würde das deutsche Reich mit 1 Million Leuten dieses Berufs folgen. Das ganze russische Reich, in dem doch so viele wertvolle Mineralien gefunden und auch abgebaut werden, soll noch nicht halb so viel Bergleute haben, nämlich nur 430 000. Die weitere Liste wird folgendermaßen bezeichnet: Frankreich 350 000, Japan 325 000, Österreich-Ungarn 253 000, Belgien 180 000, Italien 125 000, Spanien 120 000, Mexiko 83 000 und Chile 60 000. Nach dieser Zusammenstellung möchte man glauben, daß in das Britische Weltreich auch Australien und Kanada eingerechnet sind, die aber als selbständige Gebiete eine gesonderte Schätzung verdient hätten. Ramentlich ist es interessant zu wissen, welchen Rang nach der Zahl der Beschäftigten der Bergbau in Australien einnimmt, wo die Goldgewinnung noch dauernd in einer erstaunlichen Zunahme begriffen ist. Im allgemeinen soll etwa die Hälfte dieser Bergwerksbevölkerung auf Kohlenminen entfallen, und in europäischen Ländern soll der Anteil des Kohlenbergbaues in dieser Beziehung sogar noch mehr überwiegen. Für die außereuropäischen Gebiete, in denen sorgsam Volkszählungen, gedruckte denn Berufszählungen, nicht vorgenommen werden, kann die Schätzung nur eine ganz oberflächliche sein. Auch selbst China in jener Liste vollständig, obgleich die Zahl der freilich kleinen Bergwerksbetriebe im Reich der Mitte eine außerordentlich große ist.

des vorigen Jahrhunderts ihren Anfang. In Deutschland wurde die erste Verhute im rheinisch-westfälischen Steinkohlenrevier im Jahre 1861 auf der Hütte Wierfeld bei Wierfeld an d. Ruhr gemacht, ohne jedoch befriedigende Resultate zu ergeben. Erst Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre ging man in ausgedehntem Maße zur Anlage von Breiwerkstätten über. Zu diesen werden zumeist nur minderwertige gasarme Feinkohlen verarbeitet, welche zum Verfeuern ungeeignet sind und als Hausbrand- und Industriezwecke nur einen mäßigen Verkaufspreis ergeben, der in der Regel die Gewinnungskosten kaum oder überhaupt nicht decken würde. Die weichen Braunkohlenarten werden zum weitest größten Teil zu Breiwerkstätten verarbeitet. Als Bindemittel wird vornehmlich Steinkohlenschieber benutzt, welches entweder als Hartpech in Form eines trockenen Pulvers oder als Weichpech in flüssigem Zustande der Kohle zugegeben wird. Der Verbrauch beträgt 6—8 Prozent. Einzelne Braunkohlenarten, sowie auch Torf lassen sich bei entsprechender Behandlung ohne oder mit einem geringen Bindemittelzusatz breiwerkstätten. Der Zusammenhalt wird dabei allein oder doch vorwiegend durch Pressung erzielt. Form, Größe und Gewicht der Breiwerkstätten sind sehr verschieden. Die zumeist vorkommenden Formen sind die rechteckige und die Eiform. Die gebräuchlichsten Steinkohlenschieber wiegen zier 3 Kilogramm, die Eibrickets 25—150 Gramm. Die zu breiwerkstättende Feinkohle wird gewöhnlich vorher gewaschen und gelangt aus der Wäsche mittels Becherwerks in Vorratsstürme, in denen sie vielfach mit ungewaschenen trockenen Feinkohlen gemischt wird. Nach genügender Abtrocknung wird die Kohle durch Transportbänder der Breiwerkstätten zugeführt. Beliebig einstellbare Vorrichtungen füllen nun Kohle und Bindemittel in den gewünschten Mengen in eine Weich- und Transportbänder, die eine innige Mischung besorgt und das Gemenge an das Aufgabewerk abliefern. Dieses bringt es dann dem Weich- oder

Wärmecolon zu. In diesem findet eine Trocknung und Erhärtung der Kohle und gleichzeitig eine Erweichung des Bindemittels statt.

Aus dem Wärmecolon kommt das Material gewöhnlich nochmals in einen Dampfzylinder und von diesem mit einer Temperatur von 70—80 Grad in die Presse. Diese besteht in der Hauptsache aus einer um eine senkrechte Achse drehbaren schweren Eisenplatte, dem Formstempel mit den der Breiwerkgröße entsprechenden Formen, und dem Stempel. Die Kohlenmischung fällt selbstständig in die Form, worauf diese dann unter dem Stempel geführt wird. Hier wird die in der Form befindliche Masse zwischen dem niedergehenden Oberstempel und dem sich hebenden Unterstempel auf den erforderlichen Grad zusammengepreßt. Alsdann wird das fertige Breiwerk von dem Ausstoßstempel aus der Form gestossen, während gleichzeitig ein neues gepreßt und eine dritte Form gefüllt wird.

Die Eibrickets werden vorwiegend auf sog. Tangentialpressen hergestellt. Diese bestehen im wesentlichen aus zwei unmittelbar nebeneinander gelagerten Walzen, welche gleichmäßig, aber in entgegengesetzter Richtung gegeneinander rotieren. Die ganze Oberfläche der beiden Walzen ist mit länglich runden, aufeinander passenden Vertiefungen versehen, deren jede eine Hälfte der Breiwerkform bildet. Die Breiwerkstoffe wird durch einen über der Presse gelegenen Verteilungsapparat den Formen der Breiwalzen zugeführt und hier während der langsamen Drehung der letzteren durch den allmählich wachsenden Druck zu eiförmigen Breiwerk zusammengepreßt. Damit diese bei der Abwärtsbewegung der Walzen sich leicht aus den Formen lösen, wird durch die hohen Walzen kaltes Wasser geleitet.

Die fertigen Breiwerkstoffe fallen auf Transportbänder, die aus Traktblech hergestellt sind, und werden mittels dieser in die Waggon gebracht, um von dort den Weg in den Vorratskeller der Hausfrau anzutreten.



Freie Turnerschaft Rüstringen.
 Am Freitag den 9. Februar 1912 findet unsere grosse
!! Preis-Maskerade !!
 im Ball- und Konzerthaus Odeon (Wirt Fischer) statt.
 Grossartige Aufführungen u. sensationelle Ueberraschungen.



Freibank
 am Schlachthof.
Fleischverkauf
 findet statt
 Freitag morgen 8 Uhr und
 abends 6 Uhr.
 Schlachthofdirektion.
 Spering.

Anzukaufen
 gesucht mehrere kleine Haus-
 grundstücke oder Plätze in
 Lönndelcher oder Kappelerhain
 Viertel.

Anzukaufen
 gesucht kleines Haus mit Einfuhr
 und Stallung, passend für Auto-
 mobilwarengeschäft.

Zu verkaufen
 zwei größere, in bestem Gang,
 befindliche Kolonialwarensche-
 käfte wegen Geschäftsauflö-
 sung bzw. Branchenänderung. Junge
 Anhängern mit etwas Kapital sehr
 zu empfehlen

Zu verkaufen
 Haus mit Werkstatt und Platz
 in großer Nähe an bester zukunfts-
 reicher Lage, passend für Kino
 Rüstringen, den 16. Jan. 1912
H. P. Harms,
 aml. Autotaxator.

Delmenhorst.
 Der von Barbier Böding
 benutzte Laden nebst Woh-
 nung ist zum 1. Mai zu
 vermieten.
 Herrn. Cotten, Stebbingerstr. 21.

Gesucht
 zu Ostern oder Mai ein Lehrling
 unter günstigen Bedingungen.
G. Müller, Zimmermeister,
 Epole bei Mühlhöden.

Jaderberg i. O.
 Gesucht
 zu Ostern oder Mai d. J. ein
Fischerlehrling.
 Gute Fortbildungsmöglichkeit vorhanden.
Joh. Wilkens, Tischlermeister.

Gesucht zum 1. Mai
 ein **Maler-Lehrling.**
C Neumeyer, Vareil.

Holz-Verkauf
 Einige 1000 qm 2½ bis 3 cm
 starke gutehaltene Bretter, sowie
 Riegel versch. Stärken zu verkaufen
 auf Baustelle (Aohlenbrücke).
Joh. Schwarting, Unterniemer.

Kaufe gebrauchte
Möbelstücke
 zu hohen Preisen.
W. Janßen, Rüstringen,
 Peterstr. 4. Telefon 697.

Volkshäuser Rüstringen
 Freitag: Vinsen mit Wurst.

Trinkt Bismels
Nähr-Korn-Kaffee
 Das Pfund nur 35 Pfennig.
 In fast jedem Geschäft erhältlich.

**Wenn mein Mädchen
 zu Ihnen kommt**
 und Schuherème verlangt,
 wünsche ich immer nur
Pilo; ein anderes Schuh-
 putzmittel nehme ich nicht!
 Wenn Sie das Ihrem Kauf-
 mann sagen, dann ist es
 sicher, daß Sie auch stets
 nur die allerbeste und zu-
 noch die ausgiebigste
 aller Schuhcremes, nämlich
Pilo, erhalten. ::
Pilo ist überall zu haben!

Konsum- u. Sparverein Rüstringen u. Umg.
 c. W. u. v. S. Vant.
 Die geehrten Mitglieder werden dringend ersucht,
 monatlich die kleinen Marken gegen große in den
 Verkaufsstellen einzutauschen. Der Vorstand.

„ Klischees „
 bitten wir, nach Ablauf des be-
 treff. Insertionsauftrages baldigst
 wieder abfordern zu wollen. ::
Expedition des Nordd. Volksblattes

Wilhelm Bremer
 Peterstrasse 33. Möbelfabrik. Peterstrasse 33
 Grösste Auswahl in
 kompletten Zimmer-Einrichtungen, Salons, Herren-
 Speise- und Schlafzimmern,
 Ergänzungs- Möbel, Buffets, Vertikows, Garnituren,
 Schreibtischen etc. etc.
Caroline pine-Küchen-Einrichtungen zu Fabrikpreisen.
 Anfertigung sämtlicher Möbel auch nach
 geg. bener Zeichnung.

Wilhelm Harms :: Nordenham
 Hansingstrasse 10. ::
Buchhandlung, Zigarren, Zigaretten u. Tabak
 Filial-Expedition des Nordd. Volksblattes.
 Annahme von Drucksachen
 aller Art für Handel u. Privat
 unter Zusicherung prompter und sauberer Ausführung.

Empfehle:
 Angelfische, Kaffee,
 Steinbutt, Heilbutt, Schollen,
 Goldbarsch, Zeehahn,
 Goblion, Fischcarbonade,
 Große u. kl. grüne Serringe
 per Pfund 12 Pfennig
 Ed. Ruffeln, Serringsalat,
 Zehnere Tag, 50, 80, 100 Pf
 Rieker Bäcklinge täglich frisch.
Joh. Stehnke,
 Dänische Fischgroßhandlung,
 Rüstringen,
 Wilhelmshaven, Straße 29.
 Telefon 732.



Erhältlich bei
Otto Zoch, Bismarck-Drogerie,
 Bismarckstrasse 21.
Sohlen - Ausschnitt
 nur prima geräbte Leder
„ Grüne Sohlen „
 außerordentlich haltbar
Internat. Sohlen
 mit u. ohne echten Lederabsätzen
 in allen Größen und Formen
 kaufen Sie am besten bei
Ocker & Nvelling,
 Bismarckplatz.

Heute Freitag:
frische fische
 zu den billigsten Tagespreisen
 empfiehlt
Fischhandlung Ferd. Metzenthin
 Werftstr. 17, beim Bahnhöfbergang.

Fleisch-Verkauf.
 Freitag von 5 Uhr ab
 und Sonnabend den ganzen Tag
Schwein- u. Hammelfleisch
 letzteres 60 bis 80 Pf.
Wilh. Abrahams,
 Ecke Bremer- u. Wilschriedstr.
 Eingang Bremer Straße 31.
Nähmaschinen
 repariert prompt und billigst
 unter Garantie
Adolf Ed. n, great Meister,
 Müllerring, Wödenstraße 12.
 Auf Wunsch Uebung.

Freitag von 5 Uhr ab
 Verkauf von frischem Schweine-
 fleisch zu den billigsten Tages-
 preisen bei
H. Sussbauer,
 Kolonialwaren.
Verkauf v. Schweinefleisch
 1 Pf. 65 u. 70 Pf. diesen, sowie jeden
 Freitag u. 4 bis 8 Uhr in der Speise-
 halle, Mühlengarten, Bismarckstr. 52

Heute Donnerstag, 18. Januar:
Letzter Tag!
 der grossen internationalen
Ringkämpfe
 Die Variété-Vorstellung sowie die
 Ringkämpfe finden wegen anderweitiger Besetzung
 der Kaiserkrone im
Colosseum
 in Rüstringen statt. U. a. stehen noch
 folgende Entscheidungskämpfe aus:
Jess Eggeberg, Champ. v. Finnland
 gegen **Malskies,** Meisterring v. Ostpr.
Costa Samukoff, Uralskosak, Russl.
 gegen **Eggeberg,** Champion v. Finnl.
Malskies, Meisterring v. Ostpr.
 gegen **Koch,** Weltmeisterschaftsringler.
Nach Austragung der Kämpfe
Preis-Verteilung
 an die Sieger!
 1. Preis 800 Mk. 3. Preis 400 Mk.
 2. Preis 600 Mk. 4. Preis 200 Mk.
Ab abends 8.15 Uhr:
Vollständig neues Variété-Programm!!
 Da die Kämpfe voraussichtlich sehr erbittert
 geführt und die Entscheidung nicht so schnell
 fallen dürfte, ist der Beginn derselben auf präzise
 9.30 Uhr angesetzt.

Arb.-Gesangverein Osternburger Liedertafel
 Einladung zu dem am Sonntag, 21. Jan. 1912
 in der Tonhalle zu Osternburg stattfindenden
KAPPEN-BALL
 bestehend in Gesangs-Vorträgen des Männer-
 und Frauenchors und **HALL**
 Anfang 6 Uhr. Rappen an der Thür.
 Hierzu ladet freundlich ein **Das Komitee.**

Empfehle:
 Große und kleine Schellfische,
 Große und kleine Schollen,
 Knurrhuhn, Zeehahn, Zander
 Goblion, Goldbarsch, Heilbutt
 Kottungen, Steinbutt,
 Lebende Karpfen, Lachs,
 Lebende Schleie, Stint,
 Große u. kl. grüne Serringe,
 Neue Sander Serringe.
J. Helms, Fischhandl.
 Bismarckstr. 22. Telefon 455.
 Wilhelmsh. Str. 24. 455.

Uhren-Reparaturen
 nur erstkl. Arbeit mit
1 Jahr Garantie
 führt gewissenhaft
 schnell u. billig aus
Armadier Jaunen
 Bismarckstr. 22.
 Auf kl. Reparatur an Uhren, Gold-
 sowie Brillenreinigung u. Gravierung
 kann gewartet werden.

Lindenhof, Nordenham
 Sonntag, 21. Januar:
Großer Ball.
 Hierzu ladet freundlich ein
Joh. Kohners.

Heute Freitag:
frische fische
 zu den billigsten Tagespreisen
 empfiehlt
Ferd. Metzenthin
 Rüstringen, Wödenstr. 54
 Werftstr. 17, h. Bahnhöfberg Rühr.

Injektionspulver
 1 Pfund 1 40 Mk.
J. H. Cassens, Rüstringen,
 Peterstr. 42, Schaar.